ISSN 1022 – 2448

Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach 247, CH-9602 Bazenheid
Telefon: +41 44 350 65 50
Telefax: +41 44 350 65 51
redaktion@zeit-fragen.ch;
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch

ZKZ 59600 PVSt, Deutsche Post

Zeit-Fragen

24. Januar 2023
31. Jahrgang
Nr. 2

AZA
9602 Bazenheid
POST CH AG

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Die Schweiz ist ein Rechtsstaat – man kann nicht einfach den Leuten ihr Geld wegnehmen

Gespräch mit Nationalrat und APK-Präsident Franz Grüter zur Konfiskation russischer Vermögenswerte

Franz Grüter (Bild zvg)

mw. Der Bundesrat übernimmt bekanntlich seit dem 28. Februar 2022 sämtliche EU-Sanktionen gegenüber Russland – ungeachtet der Souveränität, der Rechtsstaatlichkeit und der Neutralität der Schweiz (siehe dazu Zeit-Fragen vom 3. Mai 2022). Eine aus rechtsstaatlicher Sicht besonders fragwürdige Massnahme ist die Übernahme einer Liste aus Brüssel mit mehr als 1000 Namen russischer Personen und Unternehmungen, deren Vermögenswerte in der Folge gesperrt wurden – ohne dass ihnen Gelegenheit gegeben wurde, sich dazu zu äussern (Anspruch auf rechtliches Gehör) oder rechtliche Mittel dagegen zu ergreifen, wie dies die Bundesverfassung garantiert (siehe Kasten).

Heute gehen die Forderungen aus dem Ausland noch einen gewaltigen Schritt weiter: Die gesperrten russischen Vermögenswerte sollen durch den Bund konfisziert und für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden. Davor hat Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N), kürzlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» gewarnt: «Wir dürfen unsere rechtsstaatlichen Prinzipien nicht plötzlich aufgeben».[1]

Zeit-Fragen: Herr Nationalrat Grüter, können Sie das erklären?
Franz Grüter: Ja, die Schweiz ist ein Rechtsstaat. Darauf sind eigentlich auch alle stolz, unabhängig von der politischen Ausrichtung. In der Bundesverfassung ist das Eigentum garantiert [Artikel 26]. Wenn wir nun plötzlich beginnen, Leute willkürlich zu enteignen, dann ist das ein Bruch mit der Bundesverfassung. Man muss das so deutlich sagen.

Eigentumsgarantie ist in der Schweizer Bevölkerung tief verankert

Wenn wir die gesperrten russischen Vermögenswerte konfiszieren, dann ist das verfassungswidrig. Wer das will, muss die Verfassung entsprechend anpassen und durch das Volk absegnen lassen. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass die Schweiz als Rechtsstaat ein Problem bekommt, wenn wir anfangen, Leute nur auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit zu enteignen. Die Forderung ist nicht neu, sie wurde bereits unmittelbar nach dem 24. Februar aufgebracht, vor allem vom polnischen Ministerpräsidenten, der sinngemäss gesagt hat: «Ihr müsst allen Russen das Geld wegnehmen, und zwar pauschal.» Damit würden wir eine Art Sippenhaft einführen. Jemand würde einfach auf Grund seiner Staatsangehörigkeit willkürlich enteignet und nicht auf Grund eines Gerichtsurteils und eines sauberen rechtsstaatlichen Verfahrens. Das geht definitiv nicht. Nochmals: Die Garantie des Eigentums ist in der Verfassung und auch in der Schweizer Bevölkerung tief verankert.

Sie müsste ja auch in den USA und in der EU verankert sein, oder?
Ich kenne deren Verfassungen nicht im Detail, aber ich bin sicher, das Recht auf Eigentum und die Eigentumsgarantie stehen auch in den Verfassungen dieser Staaten, also wäre ein solches Vorgehen auch dort rechtswidrig. Und ich hoffe sehr, dass auch in diesen Ländern die Rechtsstaatlichkeit obsiegt.

Schweiz darf dem Druck aus den USA und der EU nicht nachgeben

Man muss auch die weiteren Folgen bedenken. Es gibt immer wieder Konfliktherde auf dieser Welt. Wenn wir jetzt willkürlich mit Enteignungen beginnen, verludert der Schweizer Rechtsstaat. Wir müssen diesem Druck standhalten.

Der Bundesrat hat eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der involvierten Departemente eingesetzt, die «prüfe, was mit den gesperrten russischen Geldern in der Schweiz geschehen könnte», so eine Sprecherin des Bundesamtes für Justiz BJ. Wissen Sie Genaueres?
Die Arbeitsgruppe, die Sie erwähnt haben, befasst sich mit der Frage, was mit den blockierten 7,5 Milliarden der sanktionierten Personen zu tun ist. Auch hier kann ich nur sagen: Wir sind ein Rechtsstaat, da braucht es Gerichtsentscheide. Man kann nicht einfach den Leuten ihr Geld wegnehmen. Dass die Vermögen blockiert sind, ist an sich schon nicht unproblematisch. Es bleibt die Frage, was nachher mit diesen Geldern passiert. Es gab in der Schweiz schon Fälle, in denen man ausländischen Diktatoren Gelder entzogen hat. Das haben allerdings Gerichte entschieden. Und es sind absolute Ausnahmefälle, die juristisch sehr gut begründet sein müssen. Pauschal-Enteignungen sind noch einmal eine ganz andere Kategorie.

Wie schon angesprochen, selbst einzelne Personen, die auf der Sanktionsliste stehen, können heute in der Schweiz nicht überprüfen lassen, ob die Sperrung ihrer Gelder rechtens ist.
Ja, das ist so. Der Fall, der im Detail publik wurde [in der *Weltwoche*], ist der von *Andrei Melnitschenko*, einem Düngemittelunternehmer, der schon seit vielen Jahren in der Schweiz lebt. Ihm verwehrt man den Rechtsbeistand. Ich bin sehr erstaunt, dass so etwas passiert. Ich glaube, die Schweiz muss aufpassen, dass sie dem Druck, der vor allem aus den USA und aus der EU kommt, nicht nachgibt – übrigens ist Melnitschenko in den USA nicht sanktioniert, nur in der EU. Wir dürfen nicht einfach moralistische Entscheidungen fällen. Den Leuten auf der Sanktionsliste müssen Gerichtsverfahren ermöglicht werden, sie müssen juristisch dagegen vorgehen können.

Wir müssen zurückkehren zu einer echten Neutralität

Bereits im April hatte EDA-Chef Ignazio Cassis in SRF News erklärt, das Vorgehen der Schweiz sei «zu 100 Prozent kompatibel mit der Neutralität des Landes». Wie sehen Sie das?
Die Wahrnehmung, ob die Schweiz neutral ist oder nicht, ist sehr unterschiedlich. Die USA, der amerikanische Präsident, haben gesagt: «Die Schweiz ist nicht mehr neutral.» Die Headline der «New York Times» Ende Februar 2022 lautete: «Die Schweiz hat die Neutralität aufgegeben.» In der gesamten westlichen Presse wurde die Schweiz quasi gefeiert, weil sie ihre Neutralität aufgibt. Als die Ukraine die Schweiz darum gebeten hat, ob sie bereit sei, das Schutzmachtmandat, also quasi eine Briefträgerfunktion zwischen der Ukraine und Russland, zu übernehmen, sagte Russland: Mit der Schweiz nicht, denn sie ist nicht mehr neutral.

Es ist nur der Bundesrat, der dauernd sagt, wir seien neutral. Neutral sind wir aber nur dann, wenn wir als neutral anerkannt werden. Wir müssen also zurückkehren zu einer echten Neutralität, die auch von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt wird.

Herr Nationalrat Grüter, besten Dank für das Gespräch. •

[1] Gafafer, Tobias. «Die Schweiz gerät wegen russischer Gelder unter Druck». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 3.1.2023

Grundrechte in der Schweizerischen Bundesverfassung

Art. 26 Eigentumsgarantie

1 Das Eigentum ist gewährleistet.
2 Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, werden voll entschädigt.

Art. 29 Allgemeine Verfahrensgarantien

1 Jede Person hat in Verfahren vor Gerichts- und Verwaltungsinstanzen Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung sowie auf Beurteilung innert angemessener Frist.
2 Die Parteien haben Anspruch auf rechtliches Gehör.

Keine Enteignungen aus politischer Opportunität oder diplomatischer Feigheit!

mw. Auch in der Schweizer Rechtswissenschaft gibt es glücklicherweise Persönlichkeiten, die auf der Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien gemäss Schweizer Bundesverfassung bestehen. Eine von ihnen ist Professor Dr. *Peter V. Kunz*, Direktor des *Instituts für Wirtschaftsrecht* der Universität Bern. In einem Zeitungskommentar hielt er kürzlich einige wichtige Pflöcke des Schweizer Rechtsstaats und der Neutralität fest, welche unsere Politiker gegenüber Angehörigen aller Staaten dieser Welt einzuhalten haben.

Peter V. Kunz beanstandet, dass zurzeit in Medien und Politik kaum eine ernsthafte Diskussion zur Neutralität geführt wird, obwohl diese «immerhin seit mehr als 200 Jahren der eigentliche Anker der schweizerischen Aussenpolitik» ist. Dass die Schweiz fast alle Sanktionen der EU im Wortlaut übernehme, gehe weit über eine «Solidaritätsaktion» hinaus. Er nennt Ross und Reiter: «Die Sanktionsschrauben sollen – auf Wunsch der USA – sogar noch weiter angezogen werden», und er mahnt: «Doch Vorsicht! Wir sollten mit dem Grundrecht der Eigentumsgarantie nicht leichtfertig umgehen, selbst wenn der Druck aus dem Ausland künftig zunimmt.»

Der Autor erklärt den grossen Sprung von der Blockierung zur Konfiskation von Vermögenswerten aus dem Blickwinkel der Rechtsstaatlichkeit: Bei einer Vermögenssperre werden die Gelder nur zeitweilig blockiert, während bei einer Konfiskation das Eigentum durch den Staat endgültig entzogen wird. Deshalb dürfen Vermögenseinziehungen «einzig in legalen Verfahren, mit konkreten sowie zu beweisenden strafrechtlichen Vorwürfen und nicht durch ‹Schauprozesse auf Verdacht› erfolgen; Betroffene müssen Akteneinsicht erhalten und sich gerichtlich zur Wehr setzen können». Das ergebe sich «aus einer schweizerischen Tradition, die sich mit einem Wort zusammenfassen lässt: Rechtsstaat».

Mit klaren Worten weist der Berner Rechtsprofessor «Enteignungen ohne Entschädigung aus Gründen der politischen Opportunität oder der diplomatischen Feigheit» zurück, und zwar «nicht allein gegenüber Russen, die wir seit dem Ukraine-Krieg gerne unter einen billigen Generalverdacht stellen».

Misslungener Beeinflussungsversuch seitens der EU

Besonders bemerkenswert ist eine Einladung anfangs Dezember 2022 zum Mittagessen durch den Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz, *Petros Mavromichalis*, von der Professor Kunz im Zeitungskommentar berichtet: «Er bat um einen Meinungsaustausch zu den schweizerischen Sanktionen gegen Russland wegen des Ukraine-Krieges. Diese ehrenvolle Einladung kam etwas überraschend für mich, habe ich doch weder eine offizielle noch eine offiziöse Funktion für die Schweiz inne.» Der Grund für diese Aktion wird klarer, wenn wir erfahren, dass Peter V. Kunz bereits im Frühling 2022 in mehreren Interviews «die Einsetzung einer schweizerischen Taskforce (‹Augenwischerei›) oder die Jagd auf angebliche Oligarchengelder (‹Bananenrepublik›)» kritisiert hatte, was ihm «teils heftige und meist anonyme Kritik» einbrachte. Diese standhafte Stimme musste nach dem Willen der EU-Gewaltigen «umgepolt» werden – allerdings ging der Schuss nach hinten los.

Ein Bravo für den Berner Rechtsprofessor! Indem er den Beeinflussungsversuch öffentlich macht, zieht er der allgegenwärtigen Meinungsmanipulation durch die westlichen Grossmächte den Stachel. Sein Beispiel kann für jeden von uns ein Ansporn sein, die im Völkerrecht und in der Bundesverfassung verankerte Meinungsfreiheit einzufordern.

Quelle: «Konfiskation von russischen Vermögen: Wir dürfen Russen nicht unter billigen Generalverdacht stellen». Gastkommentar von Peter V. Kunz. In: «Aargauer Zeitung» vom 11.1.2023

Meinungsfreiheit, konstitutiv für freie Bürger und eine freie Gesellschaft

von Ewald Wetekamp, Deutschland

Es kann nicht häufig genug daran erinnert werden, welche grundsätzlichen Aufgaben Deutschland als demokratisch verfasster Staat bezüglich seiner Daseinsfürsorge und seiner Schutzpflicht gegenüber seinen Bürgern, seinen Nachbarn und der Weltgemeinschaft hat. Darauf wird auch die deutsche Regierung auf Eid verpflichtet. Einige der wichtigsten Pflichten seien hier genannt: Innere und äussere Sicherheit gehören ebenso dazu wie Gesundheitsvorsorge und die Gewährleistung einer Allgemeinen Schulbildung, die Versorgung mit Energie, Wasser und Nahrungsmitteln (Ernährungssouveränität) und vor allem Rechtsschutz und Rechtssicherheit auf der Grundlage der Verfassung. Diese wiederum basiert auf den festgelegten und feierlich erklärten Natur- und Menschenrechten. Mit einer regelbasierten Ordnung, die durch das Faustrecht «legitimiert» wird, hat das nichts zu tun.

Wer möchte bestreiten, dass eine der wichtigsten demokratischen Errungenschaften im öffentlichen Raum die Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz (GG) ist. In *Zeit-Fragen* Nr. 1 vom 10. Januar 2023 wurde der Verfassungstext in seinen historischen Entwicklungsstufen bereits ausführlich behandelt. Man kann nicht häufig genug daran erinnern. Deswegen sei Artikel 5 des GG noch einmal zitiert: «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.» Die Informationsfreiheit war der verfassungsgebenden Versammlung 1949 so wichtig, dass sie auch diese Freiheit ausdrücklich ins GG aufgenommen hat. Wesensgemäss verbunden mit der Meinungsfreiheit sind Versammlungs- (Art. 8) und Religionsfreiheit (Art. 4). Es ist leicht nachvollziehbar, dass bei der Einschränkung oder gar beim Fehlen einer dieser Freiheiten die demokratische Verfasstheit, die Demokratie schlechthin in Gefahr ist und sich die Transformation in totalitäre Verhältnisse anbahnt oder schon vollzogen wurde.

Im Grundgesetz wird also ein Menschenbild deutlich, das davon ausgeht, dass der Bürger sich im freien Gespräch über die Einzelheiten und Feinheiten des vom demokratischen Staat garantierten Allgemeinwohls in freier Verantwortung austauschen will und kann. Selbst Meinungsäusserungen, die über den Rahmen der Verfassung hinausgehen, wurden vom Verfassungsgericht nicht per se als gefährdend betrachtet, schärfen solche Auseinandersetzungen doch die demokratische Gesinnung.

Das Bundesverfassungsgericht würdigt den mündigen Bürger

In einem Urteil vom 4. November 2009[1] kommt das Bundesverfassungsgericht zu folgendem Ergebnis:

> *«Geschützt sind damit von Art. 5 Abs. 1 GG auch Meinungen, die auf eine grundlegende Änderung der politischen Ordnung zielen, unabhängig davon, ob und wie weit sie im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung durchsetzbar sind.* Das Grundgesetz vertraut auf die Kraft der freien Auseinandersetzung als wirksamste Waffe auch gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien.*» (Hervorhebung ew)*

Weiter:

> *«Den hierin begründeten Gefahren entgegenzutreten, weist die freiheitliche Ordnung des Grundgesetzes primär bürgerschaftlichem Engagement im freien politischen Diskurs sowie der staatlichen Aufklärung und Erziehung in den Schulen gemäss Art. 7 GG zu.»*

Und weiter:

> *«Die Bürger sind dabei rechtlich auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen persönlich zu teilen. Das Grundgesetz baut zwar auf der Erwartung auf, dass die Bürger die allgemeinen Werte der Verfassung akzeptieren und verwirklichen, erzwingt die Werteloyalität aber nicht.»*

Das Menschenbild der deutschen Verfassung

Das Grundgesetz vertraut also auf die Kraft der freien Auseinandersetzung, es vertraut primär auf das bürgerschaftliche Engagement im freien politischen Diskurs und es geht im weiteren davon aus, dass staatliche Aufklärung und Erziehung in den Schulen ihren demokratieerhaltenden Beitrag dazu leisten. Die oben genannte staatliche Aufklärung und Erziehung in den Schulen hat sich allerdings nach Art. 7 GG und dem in jeder Landesverfassung zu findenden Artikel zum Erziehungs- und Bildungsauftrag zu richten, auf keinen Fall aber nach den ideologischen Vorstellungen irgendwelcher Parteien oder Lobbyorganisationen, die mittlerweile starken Einfluss auf unsere Legislative und Exekutive gewonnen haben. Dass dieser Einfluss ein katastrophaler ist, sehen wir nicht nur an den Ergebnissen internationaler Bildungsrankings, sondern ebenso an der grossen Zahl der Lehrstellen- und Studienabbrecher. Das ist das Ergebnis einer gescheiterten Bildungspolitik, einer falschen Prämissen folgenden Pädagogik. Es gibt eine immer stärker um sich greifende Verweigerung, einer verantwortungsbewussten Erziehung gerecht zu werden.

Das Grundgesetz bildet die Grundlage unserer Demokratie. Diese zu beseelen und lebendig in ihrem Bedeutungsgehalt zum Klingen zu bringen, ist primär die Aufgabe bürgerlichen Engagements im freien, unbehinderten und unzensierten Meinungsaustausch in Wort, Bild und Schrift. Eine Zensur hat hier keinen Platz. Insofern ist jeder Bürger Bedeutungsgeber in Sachen Demokratie. Dazu ist die Meinungsfreiheit unentbehrlich, sie einzuschränken oder gar aufzuheben ist niemandem gestattet, selbst dann, wenn die Äusserungen einen schädlichen bzw. gedanklich «gefährlichen» Inhalt aufweisen. Hierzu noch einmal das Bundesverfassungsgericht von 2009:

> *«Die Absicht, Äusserungen mit schädlichem oder in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlichem Inhalt zu behindern, hebt das Prinzip der Meinungsfreiheit selbst auf und ist illegitim.»*

Die politische «Unkultur» in Deutschland

Sehen wir uns aber die politische «Kultur» in Deutschland an, so erkennen wir seit langem einen immer schärfer werdenden Prozess, der mehr und mehr Denkverbote als eindeutigen Anzeiger einer politisch verordneten Zensur hervorbringt. Diese sollen dann Eingang ins Strafgesetzbuch finden bzw. haben das bereits getan. Sind es nicht Denkverbotsindikatoren, wenn scharf abwertend und mit Sanktionen drohend – auch von staatlicher Seite – von Querdenkern, Klimaleugnern, Homophoben, Putinverstehern, Rechtsextremen, LGBTQ+-Kritikern, Fremdenfeinden, Patrioten, Vaterlandsliebenden, Delegitimierern u.v.m. gesprochen wird. Und der öffentlich rechtliche Rundfunk betreibt aufs schärfste diese Staatspropaganda mit. Ja, selbst eine Partei, der bisher gerichtlich keine Demokratiefeindlichkeit nachgewiesen werden konnte und die nicht verboten ist, wird von Staatsvertretern und den Medien zur Stigmatisierung benutzt, um unliebsame Meinungen zu mobben und auszugrenzen. *Wer kennt es nicht, dass bei einer so scharfen politischen Praxis die Schere im Kopf einsetzt, denn die praktizierte Ausgrenzung droht unausweichlich allen.*

Hinter den vielen unterschiedlichen Meinungen stehen aber jeweils Menschen. Ihnen das Beteiligungsrecht am öffentlichen Diskurs abzusprechen, sie zu mobben und auszugrenzen, ihnen womöglich die Existenzgrundlage zu entziehen, widerspricht jeglicher demokratischen Gepflogenheit und ist zutiefst antidemokratisch und totalitär. Diese Praxis hat einschüchternde Wirkung auf ähnlich Denkende. Und das ist beabsichtigt. Wenn dazu noch der Volksverhetzungsparagraph (§ 130 *Strafgesetzbuch*) durch rechtlich unklare Begriffe ins nahezu Beliebige ausgestaltet wird und der Paragraph § 140 *Strafgesetzbuch*, der die Verherrlichung einer Straftat verbietet, selbst auf Meinungsäusserungen angewandt wird, dann haben wir uns schon auf eine erzwungene Meinungseinfalt festgelegt.

Wenn dann noch die Innenministerin ihren Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst mit einer Beweislastumkehr im Beamtenrecht droht, dann haben wir den Schritt hin auf einen Gesinnungsstaat mit eindeutigen Denkvorschriften bereits beschritten. Mündige Bürger und kritische Beamte sind unerwünscht. Mündige Bürger sollen mundtot gemacht und kritische Beamte aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden.

Beweislastumkehr

Im Bundesland Berlin ist das bereits seit dem 20. Juni 2020[2] gängige Praxis. Hier muss jeder Bedienstete des Landes, der z. B. eines Rassismusvorwurfs oder anderer Vorwürfe beschuldigt wird, den Beweis erbringen, dass er sich nichts hat zuschulden kommen lassen. Nicht der Kläger hat den Beweis zu erbringen, sondern der Beschuldigte. Können Sie sich vorstellen, was das für Polizeibeamte, Lehrer und Verwaltungsangestellte bedeutet? Eine Beweislastumkehr, die jegliche Gerichtspraxis auf den Kopf stellt, bindet die öffentlich Bediensteten zurück und schränkt geradezu ihre notwendige amtliche Bewegungsfreiheit in der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit ein. Man denke an die Bereitschaftspolizisten in der Silvesternacht 2022/23 in Berlin. So eine Beweislastumkehr bleibt nicht ohne Wirkung. War das die Absicht?

Divide et impera durch extreme Polarisierung

Man stellt sich unwillkürlich die Frage: Wozu das Ganze? Nachdem man es geschafft hat, durch massive Polarisierung in nahezu allen gesellschaftspolitischen Themen die Diskutanten in unüberbrückbare Lager zu spalten, als wenn es zwischen Schwarz und Weiss keine Farben und Schattierungen mehr gäbe, nachdem man mit Hilfe des *Netzdurchwirkungsgesetzes* versucht hat, «*fake news*» und «*hatespeach*» aus allen Medien zu eliminieren, nachdem man die oben genannten Massnahmen ergriffen hat, gibt es scheinbar keine Rechtssicherheit mehr für unbescholtene Bürger. Artikel 5 GG scheint ausgehebelt. Wenn freie Meinungsäusserung als «Delegitimation» von Politik und Regierung betrachtet und der Verfassungsschutz aktiviert wird, dann hat sich etwas Grundlegendes im Staatsverständnis verändert.

Ob die Meinungsäusserungen noch unter Art. 5 GG fallen, wird grundsätzlich von einem Gericht entschieden, gerade weil der Meinungsfreiheit eine so grosse Bedeutung zukommt. Nun ist man aber seit langem dazu übergegangen, in solchen Fällen die Gerichte nicht mehr anzurufen. Statt dessen wurden Etiketten wie «*fake news*» und «*hatespeach*» erfunden, die wie ein gerichtliches Verbot gehandhabt werden. Ein eklatanter Rechtsmissbrauch! Nicht mehr Gerichte, sondern Algorithmen von Techkonzernen übernehmen diese «Funktion». Sie «reinigen» das Netz und massen sich richterliche Kompetenzen an. Stärker und gefährlicher kann der deutsche Rechtsstaat nicht gefährdet werden und damit die freiheitliche Demokratie. Hiess es früher nicht, das Netz sei ein rechtsfreier Raum, die Techkonzerne könnten da nicht eingreifen? Heute demonstrieren sie unumwunden, wer die «Herren» des Netzes sind.

Der Ton wird schärfer

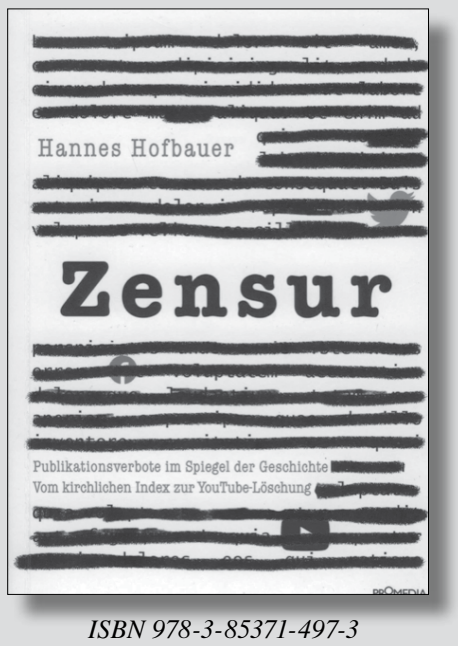
Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2009 vertrauen die Richter noch mit Recht auf den freien Bürger bei der praktischen Aufrechterhaltung der Demokratie. In der politischen Praxis der deutschen Bundesregierung aber scheinen heute die politischen Entscheidungsträger Angst vor dem Souverän – dem mündigen Bürger – bekommen zu haben. Dann sollten sich die souveränen Bürger noch entschiedener zu Wort melden!

Das Grundgesetz hat sich seit 2009 nicht geändert. Wenn Verfassungsrichter in Zeiten von Polarisierung und «Cancel Culture» zu anderen Ergebnissen gelangen, so sind sie gehalten, diese noch einmal mit dem Grundgesetz und den Darlegungen ihrer Amtskollegen aus dem Jahre 2009 abzugleichen. Wer die Meinungsäusserung behindert oder gar gravierend unterbindet, hat Hand angelegt an die demokratische Verfasstheit unseres Staates und zerstört dieselbe. Der Ton wird schärfer und in seiner Schärfe totalitärer. Und dann? •

Ex-Brigadegeneral Vad zum Ukraine-Krieg und zur Gleichschaltung der Medien in Deutschland

ew. Am 12. Januar 2023 veröffentlichte die von *Alice Schwarzer* herausgegebgene Zeitschrift *Emma* ein Interview mit dem Ex-Brigadegeneral *Erich Vad*. Dieser war von 2006 bis 2013 militärpolitischer Berater der Bundesregierung. Vad hat sich früh gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen. Im Interview bemängelt er den fehlenden militärpolitischen Sachverstand in Deutschland, und vor allem weist er auf die mediale Zensur hin, wenn es um den Ausschluss militärischer Fachleute im öffentlichen Diskurs geht:

«Militärische Fachleute – die wissen, was unter den Geheimdiensten läuft, wie es vor Ort aussieht und was Krieg wirklich bedeutet – werden weitestgehend aus dem Diskurs ausgeschlossen. Sie passen nicht zur medialen Meinungsbildung. Wir erleben weitgehend eine Gleichschaltung der Medien, wie ich sie so in der Bundesrepublik noch nie erlebt habe. Das ist pure Meinungsmache. Und zwar nicht im staatlichen Auftrag, wie es aus totalitären Regimen bekannt ist, sondern aus reiner Selbstermächtigung.»



ISBN 978-3-85371-497-3

«Der Historiker *Hannes Hofbauer* geht in die Geschichte zurück, um die aktuellen Verbotspraktiken besser verstehen zu können. Moderne Zensur beginnt mit der Erfindung des Buchdrucks zur Mitte des 15. Jahrhunderts. Bis ins 18. Jahrhundert gehen die Träger der verordneten Wahrheit Schritt für Schritt von der Kirche auf den Staat über. Im 20. Jahrhundert wechseln Phasen der Meinungsfreiheit mit der Unterdrückung des freien Wortes ab.» (Klappentext)

[1] Bundesverfassungsgericht, Beschluss des Ersten Senats vom 04. November 2009 – 1 BvR 2150/08 – Rn. (1-110), online unter: *bverfg.de/e/rs20091104_1bvr215008.html*

[2] Nachzulesen im *Landesantidiskriminierungsgesetz* des Bundeslandes Berlin, im Senat beschlossen am 11. Juni 2020, verkündet am 20. Juni 2020 im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin.

«In diesem Krieg geht es um Deutschland»

von Karl-Jürgen Müller

Am 7. Januar 2023 veröffentlichte die Schweizer Wochenzeitung *Die Weltwoche* ein Interview mit dem international bekannten französischen Anthropologen, Demographen und Historiker *Emmanuel Todd*. Das Interview hat den oben zitierten Titel. Es gibt eine Internetadresse, über die auch deutsche Leser an den Text gelangen können: *https://weltwoche.ch/story/in-diesem-krieg-geht-es-um-deutschland/?postcomments*. Dort gibt es den Text zwar nicht kostenfrei – aber ich kann die Lektüre nur sehr empfehlen.

Emmanuel Todd: «Das Verhalten des Westens ist für mich ein einziges Rätsel»

Hier sollen ein paar ausführliche Zitate aus dem Interview – unkommentiert – am Anfang stehen.

«Alle Zeitungen schreiben: Der Westen ist normal, und Putin geisteskrank. Die Russen sind blutrünstige Monster. Die Demographie sagt etwas anderes: Russland ist stabiler und seine Gesellschaft zivilisierter geworden. Was in Russland passiert, ist mir völlig klar. Ich verstehe Putins Denken und Handeln und kann es in drei Minuten erklären. […] Das Verhalten des Westens ist für mich ein einziges Rätsel.»

Todd wird gefragt: «Wer ist für die Sabotage von *Nord Stream* verantwortlich?»

Seine Antwort: *«Natürlich die Amerikaner. Aber das ist völlig unwichtig. Es ist normal. Wichtig ist die Frage: Wie kann eine Gesellschaft glauben, dass es die Russen gewesen sein könnten? Wir haben es hier mit einer Umkehrung der möglichen Realität zu tun. Das ist viel schlimmer. […] Meine Tätigkeit als Autor begann mit dem Essay über den Zusammenbruch der Sowjetunion. Ich will sie mit einem Werk der Vernunft über den dritten Weltkrieg abschliessen. Ich verweigere mich dem herrschenden Realitätsverlust, unter dem vor allem die Europäer leiden, und will versuchen, ihn zu verstehen. […] Die Europäer schwadronieren von Frieden und der Verbreitung ihrer humanistischen Werte ohne Armee. Das geopolitische Denken ist ihnen abhanden gekommen. Zwischen der offensiven Strategie der Amerikaner und der defensiven Strategie der Russen befinden sich die Europäer in einem atemberaubenden Zustand der geistigen Verwirrung. Das gilt ganz besonders für Deutschland.»*

«Der Ausbau der Nato in Osteuropa war nicht in erster Linie gegen Russland gerichtet, sondern gegen Deutschland»

«Die Finanzkrise von 2008 hat deutlich gemacht, dass Deutschland mit der Wiedervereinigung zur führenden Macht in Europa wurde und damit auch ein Rivale der USA. Bis 1989 war es politisch ein Zwerg. Nun liess Berlin seine Bereitschaft erkennen, sich mit den Russen einzulassen. Der Kampf gegen diese Annäherung wurde zu einer Priorität der amerikanischen Strategie. […] Der Ausbau der Nato in Osteuropa war nicht in erster Linie gegen Russland gerichtet, sondern gegen Deutschland. Deutschland, das seine Sicherheit Amerika anvertraut hatte, wurde zur Zielscheibe der Amerikaner.»

«Der Westen hat Russland provoziert. Der amerikanische Politologe John Mearsheimer hat nüchtern festgehalten, dass die Zusammenarbeit der Briten und Amerikaner mit [der Armee der Ukraine] die Ukraine faktisch zum Nato-Mitglied machte. Sie wurde aufgerüstet, um Russland anzugreifen. Putins Angriff war eine defensive Invasion. Er hatte diese Reaktion angekündigt und mit Krieg gedroht. […] Mearsheimer argumentierte, dass die Ukraine für Russland von existentieller Wichtigkeit sei. Den Sieg Putins hielt er für eine Gewissheit. Er dachte aber auch, dass die USA die Ukraine aufgeben würden. In diesem zweiten Punkt irrte er sich. Dieser Krieg ist auch für sie von existentieller Wichtigkeit: Falls Russland gewinnt, bricht das imperiale System der Vereinigten Staaten zusammen. Ihre Verschuldung ist phänomenal. Zur Erhaltung ihres Wohlstands sind die USA auf den Tribut der anderen Länder angewiesen.»

Daraufhin wird Todd gefragt: «Aber plante die Ukraine wirklich einen Angriff auf Russland?»

Die historische Bildunterschrift lautet: «Admiral Seymour gibt bei dem Rückzuge auf Tientsin den Befehl: ‹The Germans to the front!›. 22. Juni 1900.» (Bild Wikimedia)

Seine Antwort: *«Er war in Vorbereitung. Zusammen mit Amerika, Grossbritannien und Polen wollte die Ukraine die russischen – wirklich russischen! – Gebiete im Donbass zurückerobern. Auch die Krim.»*

Russlands Krieg in der Ukraine ist «ein Verteidigungskrieg»

Und welche Strategie haben die Russen?

«Ihre Strategie setzt auf die ‹longue durée› des amerikanischen Niedergangs. Amerika kompensiert ihn mit dem Druck auf seine alten Protektorate. Die Kontrolle über Europa – vor allem Deutschland – und Japan ist zu seiner Priorität geworden. Gegen seinen Krieg im Irak hatten Chirac, Schröder und Putin an einer gemeinsamen Pressekonferenz protestiert. Seither hat Amerika das erreicht, was man auf deutsch die ‹Gleichschaltung› Europas nennt. Der Rest der Welt aber hält es mit Russland. Als es kommunistisch war, verbreitete es Angst und Schrecken. Es war atheistisch, imperialistisch. Heute steht Russland für eine konservative Weltsicht und verteidigt die Souveränität der Völker und Nationen, die alle ein Recht auf Existenz haben.»

Auch auf die Frage, ob der Krieg hätte vermieden werden können, gibt Todd eine Antwort:

«Putin hatte verlangt, dass in den russischsprachigen Gebieten die Sprache respektiert wird. Und er wollte, dass die Ukraine nicht der Nato beitritt. Dieser Krieg hätte vermieden werden können. […] Deutschland und Frankreich sind mitverantwortlich. Man war ständig in Kiew. Europa träumte von seiner Ausdehnung nach Osten, in die Ukraine. Ausgelöst hat die russische Reaktion die militärische Aufrüstung, Ausbildung und ‹Beratung› der ukrainischen Armee. Wenn die Nato darauf verzichtet hätte, die Ukraine zu einem Teil ihres militärischen Dispositivs zu machen, hätte es diesen Krieg nicht gegeben. […] Donezk befindet sich hundert Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Die Distanz zu Washington beträgt 8400 Kilometer. Der Krieg spielt sich an der Grenze Russlands ab. Auch deshalb ist es ein defensiver Krieg – ein Verteidigungskrieg.»

«Der Westen hat seine Werte verloren und befindet sich in einer Spirale der Selbstzerstörung»

Aus dem Krieg in der Ukraine sei ein Weltkrieg geworden. Mit welchem Ausgang?

«Wenn Russland überlebt, den Donbass und die Krim behält, wenn seine Wirtschaft weiterhin funktioniert und es seine Handelsbeziehungen neu gestalten kann, mit China und Indien – dann hat Amerika den Krieg verloren. Und in der Folge wird es seine Alliierten verlieren. Deshalb werden Amerika und die Nato weitermachen. Und darum handelt es sich um einen Weltkrieg, der andauern wird. Seine hauptsächlichste Ursache ist die Krise des Westens. […] Der Westen hat seine Werte verloren und befindet sich in einer Spirale der Selbstzerstörung.»

Ein solches Interview in einem etablierten deutschen Medium wäre gegenwärtig sehr wahrscheinlich nicht möglich. Die Aussagen von Emmanuel Todd wären für das heutige offizielle Deutschland «russische Propaganda» bzw. «Verschwörungsideologie». Die Politiker des Landes und die Mainstream-Medien sind nicht bereit, ihre festgefahrenen Positionen kritisch zu überprüfen. Sie gefallen sich in der Rolle der «Guten» im Kampf gegen das «Böse».

Was ist Deutschlands «Führungsrolle»?

Ein Politiker der SPD, *Michael Roth*, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, plädierte am 13. Februar im *Deutschlandfunk* dafür, «die Freiheit und die Demokratie in der Ukraine» mit allen Mitteln zu «erhalten».[1] Dass die Oppositionsparteien und regierungskritischen Medien in der Ukraine verboten sind, erwähnte er allerdings nicht. Statt dessen gab er zum Besten: «Frieden schaffen mit mehr Waffen.» Wohin auch immer sie gelangen mögen? Wogegen auch immer sie eingesetzt werden?

Die deutschen Mainstream-Medien sind sich nahezu einig: Allein Russland und dessen Präsident sei schuld am Krieg, Deutschland müsse mehr Waffen an die Ukraine liefern.[2] So kommt es zu Schlagzeilen wie folgender: «Nur Mut, Herr Kanzler! Vor Russland müssen Sie keine Angst haben» (*Focus* vom 6. Januar 2023) Im Artikel ist zu lesen: «Was auch immer Deutschland liefert an die Ukraine, um ihr zu helfen – die Russen werden nicht ‹eskalieren› – nicht gegen Deutschland, nicht gegen Europa, nicht gegen die Nato. Und weshalb? Weil sie es nicht können, sie sind zu schwach dazu, wofür der bisherige Verlauf des Ukraine-Kriegs der schlagende Beweis ist. Vor diesen Russen braucht man keine Angst zu haben.» Die Empfehlung für die deutsche «Führungsrolle» lautet deshalb: «Der Bundeskanzler könnte sich an die Spitze einer diplomatischen Bewegung setzen mit dem Ziel, dass Europa der Ukraine das Gerät liefert, das sie braucht. Die Amerikaner haben die Deutschen ausdrücklich dazu ermutigt, die Deutschen müssen diesen Mut nun nur noch selber haben.»

Die US-Amerikaner «ermutigen» also die Deutschen, noch mehr in den Krieg zu ziehen. So können Wörter lügen. Im Jahr 1900 rief der britische Admiral *Seymour* im Kolonialkrieg gegen die chinesischen Boxer: «The Germans to the front.» Auch der Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion war vielen im «freien Westen» sehr recht.

Eine «moralische Grenze, die die Bunderegierung hätte nicht überschreiten sollen»

Die Reaktion der russischen Botschaft in Deutschland vom 6. Januar 2023 auf die deutschen Pläne für immer mehr Waffenlieferungen wird allerdings nicht zitiert. Darum sei sie hier wiedergegeben:

«Von unserer Seite betonen wir erneut, dass die Lieferungen tödlicher und schwerer Waffen an das Kiewer Regime, die nicht nur gegen russische Militärs, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung im Donbass eingesetzt werden, die moralische Grenze darstellen, die die Bundesregierung hätte nicht überschreiten sollen. Das gilt mit Blick auf die historische Verantwortung Deutschlands vor unserer Bevölkerung für die Nazi-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs. […] Mit dieser Entscheidung von Berlin wird immer mehr deutlich, dass die Bundesrepublik und der kollektive Westen kein Interesse daran haben, eine friedliche Konfliktlösung zu suchen. Durch ihr Bemühen wurde die Ukraine de facto zu einem militärischen Übungsplatz gemacht und das ukrainische Volk zur Erreichung geopolitischer Ziele des Westens instrumentalisiert, was die Feindseligkeiten in die Länge zieht und sinnlose Opfer und Zerstörungen herbeiführt. Die Entscheidung Berlins, schwere Waffen an das Kiewer Regime zu liefern, wird die deutsch-russischen Beziehungen gravierend beeinträchtigen.»

Schon einmal in der deutschen Geschichte glaubten Deutsche an einen «Endsieg». Sie waren der Propaganda auf den Leim gegangen – und hatten sich bitter geirrt. Der Preis dafür war hoch. Nun wird erneut alles über den Haufen geworfen, was deutsches Denken nach dem Zweiten Weltkrieg ausgezeichnet hatte. Die Vorbereitungen darauf laufen seit 30 Jahren. Die Kritiker sprachen damals von «Salami-Taktik», als der deutsche Verteidigungsminister *Volker Rühe* (CDU) Anfang der neunziger Jahre für ein nur mit kleinen Schritten zu erreichendes neues, militarisiertes Selbstverständnis der deutschen Aussenpolitik plädierte. Nun sehen wir, wo das offizielle Deutschland zu landen gedenkt. Der Preis dafür wird erneut hoch sein. •

[1] Am 9. Januar 2023 hat *Ted Galen Carpenter* vom US-amerikanischen *Cato-Institut* in der Zeitschrift *The Amerivan Conservative* einen aufschlussreichen Artikel über die Ukraine veröffentlicht. Der Titel: «False democracy. Ukraine is not the bastion of freedom described by most Western media». In deutscher Übersetzung – «Die USA wissen genau, dass die Ukraine keine Demokratie ist» – ist der Text bei *globalbridge.ch* vom 21. Januar 2023 zu finden: *https://globalbridge.ch/die-usa-wissen-genau-dass-die-ukraine-keine-demokratie-ist/*

[2] In einer Untersuchung im Auftrag der gewerkschaftlichen *Otto-Brenner-Stiftung* – Maurer, Marcus/Haßler, Jörg/Jost, Pablo. «Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg» vom 15. Dezember 2022 – wird hervorgehoben, dass die inhaltsanalytisch für den Zeitraum vom 24. Februar bis zum 31. Mai 2022 untersuchten 4300 Medienbeiträge der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», «Süddeutschen Zeitung», «Bild-Zeitung», des *Spiegel*, der *Zeit* und von *ARD Tagesschau*, *ZDF heute* und *RTL Aktuell* zu mehr als 90 % Russland und dessen Präsident zum Kriegsschuldigen erklärten und – im deutlichen Gegensatz zur deutschen Bevölkerung – rund 75 % für eine militärische Unterstützung der Ukraine plädierten. Am positivsten stellten die Medien die deutsche Aussenministerin *Baerbock* und den ukrainischen Präsidenten *Selenski* dar, Kritik gab es demgegenüber am deutschen Kanzler – wegen dessen Zögerlichkeit bei Waffenlieferungen.

Sinkendes Vertrauen der Deutschen in ihre politischen Institutionen

km. Gemäss einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Forsa* (4003 Befragte im Zeitraum vom 15. bis 22. Dezember 2022) ist das Vertrauen der Deutschen in ihre politischen Institutionen gegenüber dem Vorjahr in allen Bereichen und zum Teil erheblich gesunken. Den stärksten Vertrauensverlust hatten die deutsche Bundesregierung und der Bundeskanzler. Nur noch 34 % der Befragten vertrauen der Bundesregierung, das sind 22 % weniger als im Vorjahr. Dem Bundeskanzler trauen nur noch 33 % der Befragten, das sind sogar 24 % weniger als im Vorjahr. Am wenigsten vertrauen die Deutschen den politischen Parteien des Landes, nämlich nur 17 % der Befragten. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 7 % weniger. An zweitletzter Stelle steht die EU. Ihr vertrauen 31 %. Auch hier sind es 7 % weniger als im Vorjahr. Im Auftrag der Sender *RTL* und *ntv* befragt *Forsa* seit 15 Jahren einmal im Jahr die Deutschen nach ihrem Vertrauen in ihre politischen Institutionen. Für das Jahr 2022 sprachen *RTL* und *ntv* von einem «drastischen Vertrauenseinbruch».

Quelle: https://www.rtl.de/cms/rtl-ntv-trendbarometer-das-vertrauen-in-alle-politischen-institutionen-sinkt-drastisch-5023517.html vom 3.1.2023

Der Krieg in der Ukraine – Rückblick und Prognosen für 2023

von Scott Ritter

Angesichts der zweifelhaften Geschichte der Minsker Vereinbarungen ist es unwahrscheinlich, dass Russland auf diplomatischem Wege von seiner Militäroffensive abgehalten werden kann. Daher scheint sich das Jahr 2023 als ein Jahr fortgesetzter gewaltsamer Konfrontation herauszustellen.

Nach fast einem Jahr dramatischer Ereignisse, in dem erste russische Vorstösse auf beeindruckende ukrainische Gegenoffensiven trafen, haben sich die Fronten im anhaltenden russisch-ukrainischen Konflikt stabilisiert. Beide Seiten sind in einen blutigen Stellungskrieg verwickelt und reiben sich gegenseitig in einem brutalen Zermürbungskampf auf, während sie auf die nächste grössere Initiative einer der beiden Seiten warten.

Kurz vor dem einjährigen Jahrestag des russischen Einmarsches in die Ukraine stellt die Tatsache, dass die Ukraine es in diesem Konflikt so weit gebracht hat, sowohl einen moralischen als auch – in geringerem Masse – einen militärischen Sieg dar.

Vom Vorsitzenden der *U.S. Joint Chiefs of Staff* bis zum Direktor der CIA schätzten die meisten hochrangigen Militärs und Geheimdienstler im Westen Anfang 2022 ein, dass eine grössere russische Militäroffensive gegen die Ukraine zu einem schnellen, entscheidenden russischen Sieg führen würde.

Die Widerstandsfähigkeit und Stärke des ukrainischen Militärs hat alle überrascht, auch die Russen, deren ursprünglicher Aktionsplan, einschliesslich der für die Aufgabe bereitgestellten Kräfte, sich als unzureichend für die gestellten Aufgaben erwies. Dies als ukrainischen Sieg wahrzunehmen, ist jedoch irreführend.

Der Tod der Diplomatie

Während sich der Staub auf dem Schlachtfeld legt, hat sich ein Muster herauskristallisiert, was die strategische Vision hinter Russlands Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, angeht. Während der westliche Mainstream die russische Aktion weiterhin als einen überstürzten Akt unprovozierter Aggression darstellt, hat sich ein Muster von Fakten herauskristallisiert, das darauf hindeutet, dass das russische Argument der präventiven kollektiven Selbstverteidigung gemäss Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen durchaus seine Berechtigung haben könnte.

Die jüngsten Eingeständnisse der für die Verabschiedung der Minsker Abkommen von 2014 und 2015 verantwortlichen Personen (der ehemalige ukrainische Präsident *Petro Poroschenko*, der ehemalige französische Präsident *François Hollande* und die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin *Angela Merkel*) zeigen, dass das Ziel der Minsker Abkommen, eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass zwischen der ukrainischen Regierung und den prorussischen Separatisten nach 2014 zu fördern, eine Lüge war.

Statt dessen waren die Minsker Vereinbarungen dieser Troika zufolge kaum mehr als ein Mittel, um der Ukraine Zeit zu verschaffen, um mit Hilfe der Nato ein Militär aufzubauen, das in der Lage ist, den Donbass in die Schranken zu weisen und Russland von der Krim zu vertreiben.

Vor diesem Hintergrund erhält die Einrichtung einer ständigen Ausbildungsstätte durch die USA und die Nato in der Westukraine – in der zwischen 2015 und 2022 etwa 30 000 ukrainische Soldaten nach Nato-Standards ausgebildet wurden, um Russland in der Ostukraine entgegenzutreten – eine ganz neue Perspektive.

Die zugegebene Doppelzüngigkeit der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands steht im Gegensatz zu Russlands wiederholtem Beharren auf der vollständigen Umsetzung des Minsker Abkommens vor seiner Entscheidung zum Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022.

Im Jahr 2008 warnte der ehemalige US-Botschafter in Russland, *William Burns*, der jetzige Direktor der CIA, dass jegliche Bemühungen der Nato, die Ukraine in ihren Schoss aufzunehmen, von Russland als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit angesehen werden und, falls sie fortgesetzt würden, eine russische Militärintervention provozieren würden. Dieses Memo von Burns gibt den Initiativen Russlands vom 17. Dezember 2021 zur Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitsrahmens, der die Ukraine aus der Nato heraushalten würde, einen dringend benötigten Kontext.

Einfach ausgedrückt: Die russische Diplomatie war auf Konfliktvermeidung ausgerichtet. Dasselbe kann man weder von der Ukraine noch von ihren westlichen Partnern sagen, die eine Politik der Nato-Erweiterung in Verbindung mit der Lösung der Donbass/Krim-Krise mit militärischen Mitteln verfolgten.

> «Während der westliche Mainstream die russische Aktion weiterhin als einen überstürzten Akt unprovozierter Aggression darstellt, hat sich ein Muster von Fakten herauskristallisiert, das darauf hindeutet, dass das russische Argument der präventiven kollektiven Selbstverteidigung gemäss Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen durchaus seine Berechtigung haben könnte. […] Einfach ausgedrückt: Die russische Diplomatie war auf Konfliktvermeidung ausgerichtet. Dasselbe kann man weder von der Ukraine noch von ihren westlichen Partnern sagen, die eine Politik der Nato-Erweiterung in Verbindung mit der Lösung der Donbass/Krim-Krise mit militärischen Mitteln verfolgten.»

Spielveränderer, nicht Spielgewinner

Die Reaktion der russischen Regierung auf das Scheitern des russischen Militärs, die Ukraine in der Anfangsphase des Konflikts zu besiegen, gibt einen wichtigen Einblick in die Denkweise der russischen Führung hinsichtlich ihrer Ziele und Absichten.

Da den Russen ein entscheidender Sieg verwehrt blieb, schienen sie bereit zu sein, ein Ergebnis zu akzeptieren, das die russischen Gebietsgewinne auf den Donbass und die Krim beschränkte, und eine Vereinbarung der Ukraine, nicht der Nato beizutreten. In der Tat standen Russland und die Ukraine kurz davor, ein entsprechendes Abkommen in Verhandlungen zu formalisieren, die Anfang April 2022 in Istanbul stattfinden sollten.

Diese Verhandlungen wurden jedoch durch die Intervention des damaligen britischen Premierministers *Boris Johnson* zunichte gemacht, der die Fortsetzung der militärischen Unterstützung für die Ukraine an die Bereitschaft der Ukraine knüpfte, eine Beendigung des Konflikts auf dem Schlachtfeld und nicht durch Verhandlungen zu erzwingen. Johnsons Intervention war durch die Einschätzung der Nato motiviert, dass die anfänglichen militärischen Misserfolge Russlands ein Zeichen für russische Schwäche seien.

Scott Ritter (Bild zvg)

Scott Ritter ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, der in seiner mehr als 20jährigen Laufbahn unter anderem in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollabkommen, im Stab von US-General *Norman Schwarzkopf* während des Golf-Kriegs und später als Chefwaffeninspektor der Uno im Irak von 1991–1998 tätig war.

Die Stimmung in der Nato, die sich in den öffentlichen Äusserungen von Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* («Wenn [der russische Präsident *Wladimir*] *Putin* gewinnt, ist das nicht nur eine grosse Niederlage für die Ukrainer, sondern es ist eine Niederlage und gefährlich für uns alle») und von U.S. Verteidigungsminister *Lloyd Austin* («Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es die Dinge, die es mit der Invasion in der Ukraine getan hat, nicht mehr tun kann») war es, den russisch-ukrainischen Konflikt als Stellvertreterkrieg zu nutzen, um Russland so weit zu schwächen, dass es sich nie wieder auf ein militärisches Abenteuer wie in der Ukraine einlassen würde. In Verbindung mit einem unseligen Wirtschaftskrieg sollte damit auch die russische Regierung zu Fall gebracht werden, wie Präsident *Joe Biden* im letzten Frühjahr zugab.

Diese Politik war der Auslöser für die Bereitstellung von Hilfsgeldern im Wert von weit über 100 Milliarden Dollar für die Ukraine, darunter Dutzende von Milliarden Dollars an moderner militärischer Ausrüstung.

Diese massive Finanzspritze veränderte das Spiel. Sie ermöglichte der Ukraine den Übergang von einer primär defensiven Haltung zu einer Haltung, in der ein neu formiertes ukrainisches Militär, das nach Nato-Standards ausgebildet, ausgerüstet und organisiert war, grossangelegte Gegenangriffe startete und die russischen Streitkräfte aus grossen Teilen der Ukraine vertreiben konnte. Es war jedoch keine Strategie, die zum Sieg führte – ganz im Gegenteil.

Fortsetzung auf Seite 5

Deutschlands Regierung – nur noch Arroganz der Macht?

km. Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie. Das deutsche Parlament, der Deutsche Bundestag, ist das einzige Staatsorgan auf Bundesebene, auf dessen Zusammensetzung die Bürger des Landes mittels Wahlen einen unmittelbaren Einfluss haben – auch wenn dieser durch das deutsche Wahlrecht weniger direkt ist als zum Beispiel in der Schweiz.

Vom Grundgesetz her sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages deshalb mit hervorragenden politischen Rechten ausgestattet, die von der Gesetzgebung bis hin zur ständigen Kontrolle der Regierung gehen. Ein wichtiges Mittel der Kontrolle sind verschiedene Arten von Anfragen eines oder mehrerer Abgeordneter an die Regierung, die diese innerhalb vertretbarer Zeit beantworten muss.

Für die schriftliche Anfrage einzelner Abgeordneter sieht die Richtlinie des Deutschen Bundestages folgende Regelung vor: «Jedes Mitglied des Bundestages ist berechtigt, in jedem Monat bis zu vier Fragen zur schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten. […] Die Fragen werden von der Bundesregierung binnen einer Woche nach Eingang beim Bundeskanzleramt beantwortet.»

Anfang Januar 2023 stellte der Abgeordnete der AfD-Fraktion, *Petr Bystron*, folgende Frage an die Bundesregierung:

«Welche Kriege (internationale bewaffnete Konflikte) seit 1991 sind nach der völkerrechtlichen Einschätzung der Bundesregierung als völkerrechtswidrig einzustufen, und welcher Staat ist nach Einschätzung der Bundesregierung in diesen Kriegen als Aggressor einzuordnen?»

Ergänzend verwies er auf eine Stellungnahme des SPD-Stadtverbandes Göttingen vom 28. November 2022, in welcher die damals laufenden Angriffswellen der türkischen Armee «auf alle kurdischen Gebiete» als «brutal und völkerrechtswidrig» bezeichnet werden.

Am 16. Januar 2023 erhielt der Abgeordnete folgendes Antwortschreiben einer Staatssekretärin des Auswärtigen Amtes:

«Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Ihre Frage [hier folgt die Frage des Abgeordneten] beantworte ich wie folgt: Die Bundesregierung führt völkerrechtliche Bewertungen internationaler bewaffneter Konflikte nur aus jeweils aktuellem Anlass durch, wie etwa zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Eine rückblickende völkerrechtliche Bewertung sämtlicher Kriege bzw. internationaler bewaffneter Konflikte seit 1991 durch die Bundesregierung gibt es nicht. Dies würde den für den zur Beantwortung einer schriftlichen Frage zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen überschreiten und darüber hinaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben.» •

Quelle: *www.nachdenkseiten.de* vom 18.1.2023

Die «Zeitenwende» auf Tournee

Realsatire – wenn es nur nicht so traurig wäre …

gl. Die von Bundeskanzler *Olaf Scholz* ausgerufene «Zeitenwende», die Deutschland hochrüsten und endlich! (endlich, nach über 80 Jahren wieder, wenn man von den «kleineren» Kriegs«ausflügen» seit Mitte der neunziger Jahr einmal absieht) wieder zu einem ernstzunehmenden Kriegsführer machen soll, muss dem deutschen Volk noch nahegebracht werden; denn es ist bekannt, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht Waffen in die Ukraine schicken will, sondern ein möglichst schnelles Kriegsende wünscht und auf keinen Fall eine Kriegsbeteiligung von Deutschland.

Neben der tagtäglich, ja, stündlich massiv auf jeden Bürger einprasselnden Medienpropaganda soll diese «Zeitenwende» auch auf Grossveranstaltungen in deutschen Städten in die Köpfe gebracht werden. «An ungewöhnlichen Orten, mit unterhaltsamen (sic!) und interaktiven Formaten und prominenten Gästen» will man «mit den Menschen ins Gespräch kommen».

Die *Münchner Sicherheitskonferenz*, die sich, nicht eben bescheiden, als «das weltweit führende Forum für aussen- und sicherheitspolitische Debatten» versteht, organisiert, gefördert vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und «mit freundlicher Unterstützung» von Institutionen wie der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft* an verschiedenen Orten sogenannte «Townhall-Events».

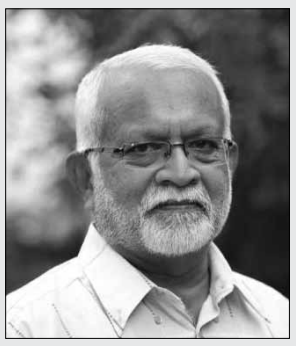
So kam zum Beispiel auch die Kleinstadt Furth im Wald mitten im Bayerischen Wald zu der zweifelhaften Ehre, ein solches «Townhall-Event» zu erleben. Auch wenn das Interesse wohl nicht überwältigend war (von den 100 Stühlen blieben sogar «einige» leer), durften die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sich die «Zeitenwende» von Prominenz wie dem Vorsitzenden der *Münchner Sicherheitskonferenz Christoph Heusgen* sowie einem CSU-Bundestagsabgeordneten und einer Osteuropa-Historikerin erklären lassen. Aus Kiew wurde noch *Andrij Melnyk*, früherer ukrainischer Botschafter und absoluter Scharfmacher, zugeschaltet.

Nächste Station von «Zeitenwende on tour» ist Leipzig am 31. Januar. Ob die Leipziger begeistert sind von einem solchen Zukunftsprojekt, wird sich zeigen. •

Quellen: *https://securityconference.org/zeitenwende/; https://www.hintergrund.de/globales/zeitenwende-on-tour-in-furth-im-wald/*

Biden bemüht sich, Brasiliens Lula zu erobern

von M. K. Bhadrakumar



M. K. Bhadrakumar (Bild zvg)

M. K. Bhadrakumar hat rund drei Jahrzehnte als Karrierediplomat im Dienst des indischen Aussenministeriums gewirkt. Er war unter anderem Botschafter in der früheren Sowjetunion, in Pakistan, im Iran und in Afghanistan sowie in Südkorea, Sri Lanka, Deutschland und in der Türkei. Seine Texte beschäftigen sich hauptsächlich mit der indischen Aussenpolitik und Ereignissen im Mittleren Osten, in Eurasien, in Zentralasien, Südasien und im Pazifischen Asien. Sein Blog heisst *Indian Punchline*.

Der tragikomische «Aufstand» in Brasilia am Sonntag, 8. Januar, war zu einem plötzlichen Tod verurteilt. Die allgemeine Verurteilung und insbesondere die Schroffheit, mit der sich die Regierung *Biden* von den Demonstranten distanzierte, besiegelten ihr Schicksal. Sicherlich ist diese Revolte keine «farbige Revolution», auch wenn es schwierig ist, Vorhersagen über neue Proteste im Land zu machen.

Dies ist ein abschreckendes Beispiel für Lateinamerika, denn die «rosa Flut» ist wieder auf dem Vormarsch. Mit der Rückkehr des brasilianischen Präsidenten *Luiz Inácio Lula da Silva* an die Macht in der vergangenen Woche haben linksgerichtete Politiker die Kontrolle über sechs der sieben grössten Volkswirtschaften der Region übernommen. Dennoch hat das Pendel stark geschwungen, und Lula hat nur hauchdünn gewonnen.

«Die Region braucht ein neues Entwicklungsmodell»

Die politische Polarisierung untergräbt die Demokratie in Lateinamerika und macht es für viele schwieriger, Kompromisse zu respektieren. Seit den 1980er Jahren ist das globale Modell der keynesianischen Politik dem *Washingtoner Konsens* gewichen, und die Staaten der Region sind dazu übergegangen, Kredite in Dollar aufzunehmen und ihre Kapitalkonten zu liberalisieren, um ausländische Investoren anzuziehen.

Die Entstehung der «rosa Flut» liegt in diesen verlorenen Jahrzehnten begründet, als die neoliberale Wende in der Region zu Stagnation und weitverbreiteter Armut, zur Vertiefung der sozialen und wirtschaftlichen Kluft in der Region mit der ohnehin schon weltweit grössten Ungleichheit, zum Entstehen einer Rentierklasse, zu Putschen und bewaffneten Konflikten führte. Die Region braucht ein neues Entwicklungsmodell und ein gerechteres, nachhaltiges Wachstum, das eine staatlich gelenkte Industrialisierung und regionale Integration beinhaltet.

Die lateinamerikanischen Volkswirtschaften sind nicht mehr an die USA gebunden und heute in der Lage, ihre Partnerschaften neu zu gestalten. Aber es ist naiv anzunehmen, dass Washington nicht mehr der eigennützige Nachbar ist, der es in der Vergangenheit war. Geologie und Geographie sind in das Schicksal Lateinamerikas verwoben.

In einem Leitartikel des «Guardian» hiess es kürzlich, dass die USA mit 60 % der weltweiten Lithiumvorkommen, dem weissen Gold der Elektrobatterien, und den grössten Ölreserven der Welt einen «grossen Stock» in der Hand haben – in Anlehnung an *Teddy Roosevelts* berühmten Satz «speak softly, and carry a big stick», mit dem er in einer Rede von 1901 die Aussenpolitik der USA beschrieb.

«Geopolitisch gesehen betrachten die USA Lateinamerika als ihre Einflusssphäre»

Jin Chengwei, Forscher am *Institut für Parteigeschichte und Literatur* des Zentralkomitees der *Kommunistischen Partei Chinas*, schrieb jedoch im November: «Geopolitisch gesehen, betrachten die USA Lateinamerika als ihre Einflusssphäre, und ihr Einfluss auf Lateinamerika kann als allgegenwärtig bezeichnet werden. In den 1980er Jahren nutzten sie Lateinamerika als ‹Testgebiet›, um den Neoliberalismus zu fördern. Die Alternative zum Neoliberalismus zu sein, war die treibende Kraft für die letzte Welle der Linken in Lateinamerika. Sie erzielten bedeutende Erfolge bei der Förderung des Integrationsprozesses in Lateinamerika und der Schwächung des Einflusses der USA, indem sie Erfahrungen für den Widerstand gegen die US-Hegemonie sammelten. Das Scheitern des Neoliberalismus und die negativen Folgen bleiben das grundlegende Motiv für die Entstehung der aktuellen Welle der Linken.»

Versuch, nach einem nichtwestlichen Weg zu suchen

Zweifellos hat die Krise der US-Politik, die die Schwächen der amerikanischen liberalen Demokratie offenbart, die lateinamerikanischen Länder dazu veranlasst, nach einem nichtwestlichen Weg zu suchen. Auch die ineffiziente, gefühllose Reaktion auf Covid-19 hat die Schwächen des kapitalistischen Entwicklungsweges offenbart. Das *Forum von São Paulo* und das *Weltsozialforum* haben eine neue Plattform geschaffen.

In seinen beiden vorangegangenen Amtszeiten als Präsident hat Lula die Menschen ermutigt, sich an der Politik zu beteiligen, er hat das Wirtschaftswachstum mit einer Erhöhung der Sozialausgaben und öffentlichen Investitionen in kritischen Wirtschaftssektoren in Einklang gebracht, er hat Regelungen für die einheimischen Arbeitskräfte eingeführt, die ihnen soziale Unterstützung und höhere Löhne bieten, er hat sich für soziale Gerechtigkeit eingesetzt, indem er die Beschäftigung ausweitete, und er hat sich proaktiv an der Formulierung internationaler Regeln beteiligt.

«Lulas Herausforderung ist die Spaltung in links und rechts»

Lulas grösste Herausforderung ist heute die derzeitige Spaltung der brasilianischen Gesellschaft in links und rechts und die Konfrontation zwischen den verschiedenen sozialen Lagern, abgesehen von der Notwendigkeit, Reformen in einem Kongress mit rechter Mehrheit durchzusetzen.

Dennoch wird er die wachsende linke Strömung in Lateinamerika zu einem neuen Höhepunkt führen, was unweigerlich das internationale Umfeld linker Länder wie Kuba und Venezuela verbessern und die Autonomie der lateinamerikanischen Diplomatie stärken wird. Lula schrieb in dem Regierungsplan:

«Wir setzen uns für den Aufbau einer neuen globalen Ordnung ein, die dem Multilateralismus, der Achtung der Souveränität der Nationen, dem Frieden, der sozialen Eingliederung und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist und die die Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt.»

Ein grundlegender Wandel in der politischen Landschaft des Kontinents scheint im Gange zu sein. Insbesondere Lulas erster grosser aussenpolitischer Schritt – die Entscheidung, am 24. Januar in Buenos Aires neben den Staats- und Regierungschefs von Kuba, Venezuela und Nicaragua am Gipfeltreffen der *Celac* teilzunehmen – sendet die Botschaft an Washington, dass es schwierig sein wird, einen Dreh- und Angelpunkt für seine «Differenzierungs- und Desintegrationsstrategie» in Lateinamerika zu finden.

Biden will die Unruhen in Brasilien zu seinem Vorteil nutzen

Bezeichnenderweise war der Ton, in dem Präsident Biden die Ausschreitungen in Brasilia verurteilte, äusserst aggressiv. Hier sind drei Faktoren am Werk. Erstens sieht der Politiker Biden die Parallele zu den «Capitol-Unruhen» vom 6. Januar [2021] in den USA als seinen Vorteil, da er sich für die Wahl 2024 rüstet. Die Unruhen sowohl in Brasilien als auch in den USA lassen sich auf die *Conservative Political Action Conference* zurückführen, die jährliche politische Konferenz, an der konservative Aktivisten aus aller Welt teilnehmen und die von der *American Conservative Union* ausgerichtet wird. Es ist klar, dass die Frage, ob Lula die Flammen der extremen Rechten eindämmen kann, nicht nur für Brasilien und Lateinamerika von entscheidender Bedeutung ist, sondern auch Auswirkungen auf die US-Politik haben kann.

Die Rolle der brasilianischen Agro-Unternehmer

Zweitens hat Lula die Agro-Unternehmer für die Unruhen verantwortlich gemacht. Umweltgruppen zufolge steckten diejenigen, die für die Abholzung der Wälder und den illegalen Bergbau im Amazonasgebiet verantwortlich waren, hinter den Unruhen, nachdem Lula mit der Ernennung der Ministerinnen *Marina Silva* und *Sônia Guajajara*, einer weltbekannten Umweltschützerin bzw. einer Aktivistin der Ureinwohner, eine 180-Grad-Wende in der Umweltpolitik vollzogen hatte.

Lula beschuldigte das Agro-Business und die illegale Bergbau-Mafia, diesen Coup zu finanzieren. Bidens Klimaprogramm und das tragische Schicksal des Amazonas sind eng miteinander verbunden.

Reise nach China …

Drittens wird erwartet, dass Lula in seinen ersten drei Monaten im Amt offizielle Reisen nach China und in die USA unternimmt. Es steht ausser Frage, dass unter Chinas «altem Freund» Lula die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit vertieft werden soll. Die linken Regimes gehen in der Regel auf Distanz zu den USA und setzen sich für eine diversifizierte und ausgewogene Diplomatie ein.

Tatsächlich aber folgt die Vertiefung der Beziehungen zwischen China und Brasilien dem Trend und hat eine starke innere Triebkraft in Form der Komplementarität der beiden Volkswirtschaften. Der bilaterale Austausch zwischen China und Brasilien wurde nie durch eine Ideologie eingeschränkt. Unter *Bolsonaro* hat der chinesisch-brasilianische Handel trotz der Pandemie im Jahr 2021 immer noch den Rekordwert von etwa 164 Milliarden Dollar erreicht.

… und US-Gegenstrategie

Nichtsdestoweniger werden die USA besorgt sein, denn Brasilien ist ein internationales Machtzentrum und teilt mit China weitreichende gemeinsame Interessen und Verantwortlichkeiten in einer Zeit, in der die linke Welle die Schwächung der globalen Führungsrolle der USA und die massive Erosion der Kontrolle Washingtons über Lateinamerika deutlich macht. (Argentinien hat auch die Mitgliedschaft in der BRICS angestrebt.)

Lulas Sieg wird den Prozess der lateinamerikanischen Zusammenarbeit bei der Suche nach einer neuen alternativen Weltordnung erheblich voranbringen. Vor diesem Hintergrund liegt Bidens grösste Hoffnung darin, Lula zu ermutigen, eine gemässigte diplomatische Linie zu vertreten und eine Strategie des Gleichgewichts zwischen den Grossmächten zu verfolgen. Die USA fühlen sich durch Lulas vorangegangene zwei Amtszeiten und seinen Ruf als gemässigter Linker ermutigt. •

Quelle: *Indian Punchline* vom 12.1.2023
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Der Krieg in der Ukraine – Rückblick …»
Fortsetzung von Seite 4

Militärische Mathematik

Die beeindruckenden ukrainischen militärischen Erfolge, die durch die Bereitstellung militärischer Hilfe durch die Nato ermöglicht wurden, hatten einen hohen Preis an Menschenleben und Material. Die genaue Zahl der Verluste auf beiden Seiten ist schwer zu ermitteln, aber selbst in der ukrainischen Regierung ist man sich einig, dass die ukrainischen Verluste hoch waren.

Da sich die Kampflinien derzeit stabilisiert haben, stellt sich die Frage, wie es mit dem Krieg weitergeht, als eine Frage der militärischen Mathematik – kurz gesagt, als eine kausale Beziehung zwischen zwei grundlegenden Gleichungen, die sich um die Verbrennungsrate (wie schnell Verluste erlitten werden) und die Wiederauffüllungsrate (wie schnell solche Verluste ersetzt werden können) drehen.

Weder die Nato noch die Vereinigten Staaten scheinen in der Lage zu sein, die Menge der an die Ukraine gelieferten Waffen aufrechtzuerhalten, die die erfolgreichen Gegenoffensiven gegen die Russen im Herbst ermöglichten.

> «Sowohl die Ukraine als auch ihre westlichen Partner kämpfen darum, den Konflikt aufrechtzuerhalten, den sie ausgelöst haben, als sie im April 2022 eine mögliche Friedensregelung ablehnten. Russland hat sich nach seinem Rückzug weitgehend neu formiert und scheint bereit zu sein, grossangelegte Offensivoperationen wiederaufzunehmen, auf die weder die Ukraine noch ihre westlichen Partner eine angemessene Antwort haben.»

Diese Ausrüstung ist grösstenteils zerstört worden, und obwohl die Ukraine auf ihrem Bedarf an mehr Panzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, Artillerie und Luftabwehr beharrt und obwohl neue militärische Hilfe zu kommen scheint, wird sie zu spät und in unzureichender Menge eintreffen, um auf dem Schlachtfeld eine spielentscheidende Wirkung zu haben.

Auch die Verluste der Ukraine, die zeitweise mehr als 1000 Mann pro Tag betragen, übersteigen bei weitem die Möglichkeiten der Ukraine, Ersatz zu mobilisieren und auszubilden.

Russland hingegen ist dabei, die Mobilisierung von mehr als 300 000 Mann abzuschliessen, die offenbar mit den modernsten Waffensystemen des russischen Arsenals ausgerüstet sind.

Wenn diese Truppen in voller Stärke auf dem Schlachtfeld eintreffen, irgendwann Ende Januar, wird die Ukraine keine Antwort darauf haben. Diese harte Realität, gepaart mit der Annexion von mehr als 20 Prozent des ukrainischen Territoriums durch Russland und einem Schaden an der Infrastruktur in Höhe von fast 1 Billion Dollar, verheisst nichts Gutes für die Zukunft der Ukraine.

Es gibt ein altes russisches Sprichwort: «Ein Russe spannt langsam an, reitet aber schnell.» Dies scheint sich im russisch-ukrainischen Konflikt zu bewahrheiten.

Sowohl die Ukraine als auch ihre westlichen Partner kämpfen darum, den Konflikt aufrechtzuerhalten, den sie ausgelöst haben, als sie im April 2022 eine mögliche Friedensregelung ablehnten. Russland hat sich nach seinem Rückzug weitgehend neu formiert und scheint bereit zu sein, grossangelegte Offensivoperationen wiederaufzunehmen, auf die weder die Ukraine noch ihre westlichen Partner eine angemessene Antwort haben.

Ausserdem ist es angesichts der zweifelhaften Geschichte der Minsker Vereinbarungen unwahrscheinlich, dass Russland durch Diplomatie von seiner Militäroffensive abgehalten werden kann. Daher scheint sich das Jahr 2023 als ein Jahr fortgesetzter gewaltsamer Konfrontationen zu entwickeln, die zu einem entscheidenden russischen Militärsieg führen werden.

Es bleibt abzuwarten, wie Russland einen solchen militärischen Sieg in eine nachhaltige politische Lösung umwandelt, die sich in regionalem Frieden und Sicherheit manifestiert. •

Quelle: *www.consortiumnews.com* vom 11.1.2023; Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Beirut macht zu

Wirtschaftskrise und zerstrittene Politiker setzen Bevölkerung unter Druck

von Karin Leukefeld, Beirut

Es ist Mitte Januar, und es regnet in Strömen. Die Strassen von Beirut verwandeln sich rasch in kleine Ströme, die kreuz und quer fliessen und Fussgängern das Vorwärtskommen erschweren. Auf den Bergen breitet sich Schnee wie eine weisse Decke über die Gipfel und spendet der von der Sommersonne ausgetrockneten Natur wohltuende Kühle. Das Wetter im Zedernstaat wechselt schnell, und so wird der mehr als 2600 Meter hohe, schneebedeckte *Sannine*, der nur knapp 50 km von der libanesischen Hauptstadt entfernt liegt, vielleicht später am Tag in der Abendsonne erstrahlen. Doch die Menschen haben keine Zeit für solche Naturereignisse. Wirtschaftskrise und ein fortwährender Politikerstreit setzen sie unter Druck.

Regierungsstreit blockiert Ölimport

Es gibt kaum Strom, also liegen weite Teile des Landes häufig im Dunkeln. Das Öl, das für die Stromerzeugung gebraucht wird, schaukelt auf Tankern vor der libanesischen Küste. Die Regierung streitet derweil darüber, wer autorisiert ist, Geld der Zentralbank freizugeben, um die Öllieferanten zu bezahlen. Die Summe addiert sich täglich um Strafgebühren von rund 25 000 US-Dollar, die der Zedernstaat dafür bezahlen muss, dass das Öl von den Tankschiffen nicht abgepumpt werden kann.

Hintergrund des Streits ist die ausstehende Neuwahl eines Präsidenten, der über diese Autorität verfügt. Das Präsidentenamt steht – nach dem in Libanon geltenden konfessionellen System – einem maronitischen Christen zu. Die Abgeordneten des Parlaments konnten sich bisher nicht auf einen Kandidaten einigen, und daher führt vorübergehend Ministerpräsident *Najib Mikati* – nach dem konfessionellen System ein sunnitischer Muslim – die Regierungsgeschäfte. Ihm verweigert allerdings die (christlich-maronitische) *Freie Patriotische Bewegung* (FPM) ihre Zustimmung. Sie lehnt auch eine Regierungssitzung ab, auf der Mikati alle amtierenden Minister bewegen will, der Auszahlung des Geldes an die Öllieferanten zuzustimmen.

Jüngsten Meldungen zufolge hat Mikati für den kommenden Mittwoch zu einer Sitzung der amtsführenden Regierung eingeladen, um eine Lösung aus der Sackgasse zu finden. In der vergangenen Woche hatte Mikati sich Berichten zufolge mit dem Parlamentssprecher *Nabih Berri* – laut konfessioneller Verfassung ein schiitischer Muslim – mit dessen politischem Berater und einem Berater des Hizbullah-Führers *Hassan Nasrallah* besprochen, und alle seien sich einig gewesen, dass eine Kabinettssitzung nötig sei. Die libanesische Online-Zeitung «Nahar Net» berichtete unter Berufung auf «seine Kreise», Berri habe gesagt, es sei «nicht hinnehmbar, ein Land und die Angelegenheiten seiner Bevölkerung lahmzulegen, um einer bestimmten politischen Partei zu nutzen.» Gemeint ist die *Freie Patriotische Bewegung*.

Lachende Dritte des Streits sind die privaten Ölimporteure. Sie besitzen zumeist grosse und zahlreiche Generatoren, mit denen sie Strom erzeugen und anbieten, wo die Regierung nichts tut. Diese Ölbarone kaufen mit eigenen Devisen Öl und verkaufen den Strom anschliessend teuer an die Verbraucher.

Proteste bleiben aus

Proteste der Bevölkerung gegen das Geschacher der politischen Eliten bleiben aus. Der Alltag verlangt von den Menschen alle Kraft, um sich und die Familie, vor allem die Kinder, zu ernähren. Manche Männer fahren auf kleinen, batteriebetriebenen Zweirädern von einer Arbeitsstelle zur nächsten, andere liefern mit den *TukTuks*, in Indien hergestellten Dreirädern, die über den Luxus eines Daches verfügen, Güter allerlei Art aus, die von den wenigen wohlhabenden Libanesen, von Hotels oder Betrieben geordert wurden.

Tagesgespräch in Beirut ist der Umtauschkurs von US-Dollar und Euro. Diese Währungen erhalten Familien von ihren Angehörigen im Ausland, sofern sie dort Angehörige haben, die Geld verdienen. «Gott liebt den, der Angehörige im Ausland hat», heisst es. Erhielt man vor wenigen Monaten noch mehr Libanesische Pfund für einen US-Dollar als für einen Euro, hat sich die Lage nun umgekehrt. «Bei einem guten, vertrauenswürdigen Zwischenhändler bekommt man für einen US-Dollar jetzt 48 und für einen Euro zwischen 50 und 52», erklärt *Basma*, die junge Rezeptionistin eines gutbürgerlichen Hotels. «Bei anderen gibt es vielleicht 47 und 48.» Gemeint sind 48 000 oder 50 000 bis 52 000 Libanesische Pfund. Zwischenhändler sind offiziell autorisiert, in kleinen Kabinen und Geschäften ausländische Währung umzutauschen, und das lassen sie sich mit einer teilweise deftigen Kommission von denjenigen vergüten, die Euro oder US-Dollar umtauschen wollen.

Basma ist erst seit wenigen Wochen in ihrem Job, bewältigt alle Anforderungen aber sehr souverän. Ihre Vorgängerin *Heba* hat den Libanon Ende 2022 verlassen, um mit ihrem zukünftigen Mann ein neues Leben in Kanada zu beginnen. Die Jugend verlässt das Land in Scharen, um in einem der Golf-Staaten, in Afrika oder auf einem anderen Kontinent, fernab der Heimat, Arbeit und ein Leben in Würde zu finden. Die anhaltende Wirtschaftskrise, die mit dem Banken-Crash 2019 begann, zerstört den Mittelstand und alle Perspektiven auf ein gutes Leben und Arbeit für die jüngeren Generationen.

Im Januar 2020 zogen die Libanesen noch wütend vor die Zentralbank, die mit ihren Ersparnissen eine korrupte Politik finanziert hatte und den wirtschaftlichen Absturz zu verantworten hat. Drei Jahre später, im Januar 2023, fehlt den Menschen die Kraft zu protestieren. Der Alltag verlangt von ihnen alle Kraft, um sich und die Familie, vor allem die Kinder, zu ernähren. (Bild Karin Leukefeld)

Überlebensstrategien

Diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, um für sich und ihre Familien im Libanon bescheidenen Wohlstand aufzubauen, stehen mit leeren Händen da. Ein 68jähriger Geschäftsmann, der seinen richtigen Namen nicht öffentlich machen möchte, verbrachte seine Jugend im libanesischen Bürgerkrieg. Später baute er ein Geschäft auf, das immerhin so viel einbrachte, dass er eine gute Wohnung kaufen und einiges an Geld zurücklegen konnte.

Nun ist der Mann nicht mehr in der Lage, die Nebenkosten seiner Eigentumswohnung bezahlen zu können. Für Strom, Wasser, den Aufzug und andere Nebenabgaben muss er monatlich 800 US-Dollar bezahlen, die er nicht mehr aufbringen kann. Eine Rente bekommt er nicht und was er auf seinem Bankkonto zurückgelegt hatte, hat sich mit der Bankenkrise 2019 in Luft aufgelöst. Die einzige Möglichkeit zu überleben, ist, die eigene Wohnung an jemanden zu vermieten, der bessergestellt ist und noch über ein gutes Einkommen verfügt. Selber ist er in eine kleine Wohnung im Haus von Freunden umgezogen. Mit der Miete aus seiner Eigentumswohnung kann er die Nebenkosten weiter bezahlen und sich die neue, niedrigere Miete leisten. Krank werden darf er nicht.

Geschäfte und Restaurants schliessen

Geschlossene und leere Geschäfte prägen das Bild von Beirut in vielen Stadtteilen. Selbst in Hamra, dem kulturellen und politischen Zentrum der libanesischen Hauptstadt seit Jahrzehnten, gehen die Lichter aus. Geschäfte und Restaurants schliessen, weil sie die Kosten nicht mehr aufbringen können und Gäste ausbleiben.

Vor Weihnachten traf es auch das legendäre *Hamra-Café*. Auf den zahlreichen Fotos an den Wänden waren bekannte Politiker, Journalisten und Intellektuelle abgebildet, die im Laufe der Jahrzehnte dort miteinander und auf Veranstaltungen diskutierten. Sammlungen von Büchern und Zeitschriften luden zum Verweilen ein. Plakate, Fotos von Demonstrationen in den 1960er Jahren vermittelten eine Idee von dem, was Beirut einst ausmachte. Nun sind die Rolläden heruntergelassen, die Türen bleiben geschlossen.

Unter dem schmalen Vordach des legendären Treffpunkts von einst sitzt eine Frau im Schneidersitz und starrt regungslos vor sich hin. Auf dem Schoss schläft ihr Baby, das Gesicht der Frau ist von einem eng anliegenden, schwarzen Kopftuch umrahmt. Sie wirkt zu müde, um ihre leere Hand den wenigen Passanten entgegenzustrecken, die durch den Regen an ihr vorbeieilen. Und die Gäste des Cafés werden nie wiederkehren, die doch immerhin ab und zu ihr etwas zugesteckt hatten. Niemand wird mehr die religiösen Formeln hören, mit der sie die Menschen und auch sich selbst ermunterte, ihr und ihrem Baby zu spenden und dafür mit einem Lob Gottes belohnt zu werden. •

Erstveröffentlichung in *Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek* vom 18.1.2023, ergänzt durch Kasten; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin

Strom und Energie

ap/kl. Die Interims-Regierung des amtsführenden Ministerpräsidenten *Najib Mikati* hat am vergangenen Mittwoch, 18. Januar, eine Kreditlinie von insgesamt 116 Millionen US-Dollar freigegeben, um die Stromversorgung im Land zu stabilisieren. 62 Millionen US-Dollar sollen Kosten und Gebühren der vor der Küste wartenden Öltanker begleichen, damit diese ihre Ladung löschen können. 54 Millionen US-Dollar sind für Reparaturen und Wartung der beiden maroden Elektrizitätswerke *Zahran* und *Deir Ammar* vorgesehen.

Die in den 1990er Jahren gegründete staatliche Elektrizitätsgesellschaft (*Éléctricité du Liban*, EDL) hat über Jahrzehnte mehr als 40 Milliarden US-Dollar verschlungen, ohne dass die Stromversorgung stabilisiert und notwendige Wartungen durchgeführt wurden. Die Gesellschaft schreibt jährlich rund 1,5 Milliarden US-Dollar Verlust. *Weltbank* und der *Internationale Währungsfonds* (IWF) machen die Neuordnung des libanesischen Energiesektors zu einer Voraussetzung für die Gewährung von Krediten. Aktuell ist der Libanon auf einen Vertrag mit Irak angewiesen, der im Sommer 2021 unterzeichnet wurde. Irak liefert Schweröl. Der Libanon verkauft dieses Öl an Unternehmen, die es verarbeiten, um es in den libanesischen Kraftwerken nutzen zu können. Libanon liefert im Gegenzug Produkte und Dienstleistungen, vor allem im medizinischen Bereich.

Das legendäre Hamra-Café. Dort trafen sich über Jahrzehnte bekannte Politiker, Journalisten und Intellektuelle, um zu diskutieren. (Bild zvg)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Ich bin kein Theoretiker, aber ich verstehe den Sozialismus ganz anders» – Erinnerungen an Panaït Istrati

von Moritz Nestor

Den ersten grossen Riss in meinem jugendlichen rosaroten Bild des Sozialismus in der damaligen Sowjetunion erzeugte in den frühen 70er Jahren die Lektüre von Panaït Istratis Russland-Buch «Auf falscher Bahn», das mir mein geschätzter psychologischer Lehrer Friedrich Liebling damals empfahl. Nun erinnerte mich wieder Birgit Schmidt mit ihrem 2019 erschienenen liebenswürdigen Bändchen «Ich bin kein Theoretiker, aber ich verstehe den Sozialismus ganz anders» an das Leben, die Arbeit und die Revolte jenes rumänischen Schriftstellers.

Geboren ist *Panaït Istrati* am 22. August 1884 in Braila, Rumänien, gestorben am 16. April 1935 in Bukarest. Einer der grossen rumänischen Schriftsteller. Und der erste ausländische europäische Linke, der, begeistert von der jungen Sowjetunion, sogar plant, in das Paradies des «neuen Menschen» überzusiedeln; der dann aber erschüttert ist, als er auf eigene Faust durch dieses schöne Land reist und mit wachem Verstand hinter die Fassaden der von der Partei vorgeführten Potemkinschen Dörfer blickt und plötzlich sieht, welch Elend und knallharte Diktatur wirklich herrschen, die hinter schönen Phrasen verborgen werden.

Istrati ist der erste namhafte ausländische linke Schriftsteller, der aus der Sowjetunion zurückkehrt und im Westen keine Jubelgeschichten veröffentlicht, sondern sich traut, die Wahrheit über den «roten Terror» der Bolschewiki zu schreiben. Er hat teuer dafür bezahlt. Aber mit seinem mutigen Bruch des über der westlichen Linken lastenden Schweigegebots, als linientreuer Linker die Sowjetunion nicht kritisieren zu dürfen, begann jene mühevolle, lange und langsame Entwicklung, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem mit *Michail Gorbatschow* und schliesslich *Wladimir Putin* zum Überwinden der Fehler der Russischen Revolution und des Stalinismus geführt hat. Angesichts der an Primitivität kaum zu überbietenden aktuellen Verteufelung von Wladimir Putin und Russland in den westlichen Medien sei hier festgehalten: Putin ist Russe, er liebt sein Land und ist für jeden sichtbar kein Bolschewik. Im Gegenteil. Aber er und mit ihm die grosse Mehrheit der Russen werden sich der Diktatur des Finanzkapitals nicht noch ein weiteres Mal unterziehen.

Erste Reise in die Sowjetunion

1927 reist Panaït Istrati gemeinsam mit seinem bulgarischen Freund *Christian Rakowski* in die Sowjetunion, wohin sie zu den Feiern des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution eingeladen sind. Rakowski ist gerade als Botschafter der UdSSR in Paris abberufen worden, da er der trotzkistischen Linksopposition angehört. Noch im selben Jahr wird er aus der KPdSU ausgeschlossen und verbannt, 1941 vom NKWD erschossen. Die kommunistische Partei zeigt Istrati und Rakowski 1927, was man sie sehen lassen will: das Paradies des «neuen Menschen».

Bald nach der Ankunft in der Sowjetunion lernt Istrati *Nikos Kazantzakis* kennen, den bekanntesten griechischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, Autor von «Alexis Sorbas» (1946). Die beiden planen, gemeinsam in die UdSSR überzusiedeln. Wie alle anderen europäischen linken Intellektuellen, die das bolschewistische «Arbeiterparadies» nach dem Ersten Weltkrieg besuchen, ist auch Istrati zunächst unkritisch begeistert und schliesst seine Reise mit einem Aufenthalt in Griechenland ab, wo er in feurigen Propagandareden die fortschrittlichen Leistungen der Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale preist.

Vollkommen desillusioniert

Eine zweite Reise aber, die über ein Jahr dauert, beginnt im Winter 1928, als Panaït Istrati zusammen mit seiner Lebensgefährtin, der Schweizer Sängerin *Marie Louise Baud-Bovy* und seinem Freund Nikos Kazantzakis sowie dessen späterer Frau *Eleni Samios* auf eigene Faust und Kosten, um unabhängig zu sein, erneut in und durch die UdSSR reist. Istrati glüht zu Beginn immer noch für die UdSSR. Sie kommen bis ans Polarmeer, von dort aus an die Moldau, zum Ural und nach Süden bis an den Kaukasus. Auf dieser Reise wird Istrati vollkommen desillusioniert.

Auch Kazantzakis ist nicht mehr begeistert von den Bolschewiki, bleibt aber dem Land gegenüber trotzdem wohlwollend. Istrati aber ist zutiefst enttäuscht und erschüttert über das, was er erlebt hat. Anders als sein Freund Kazantzakis verfasst er eine empörte Abrechnung mit der bolschewistischen Diktatur, die unter dem Titel «Vers l'autre flamme» 1929 erscheint, zu deutsch «Auf falscher Bahn». Darin verurteilt er nun die «rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter durch eine Bürokratie, die bereit ist, alles zu tun, um ihre Privilegien zu verteidigen».

Kritik an Stalin aus sozialistischer Sicht

Panaït Istrati ist der erste Schriftsteller von Weltrang, «der die Sowjetunion und die KPdSU, die seit 1922 unter dem Einfluss ihres Generalsekretärs *Josef Stalin* stand, von der Warte eines Sozialisten aus in aller Öffentlichkeit angriff». Vor Istratis Buch hat es von westlichen Intellektuellen «nur wohlwollende oder sogar begeisterte Reiseberichte gegeben, die keinesfalls ausschliesslich von organisierten Kommunisten oder Kommunistinnen stammten», sondern auch zum Beispiel von Humanisten wie dem berühmten Nobelpreisträger *Romain Rolland* und anderen bekannten Schriftstellern, wie *Birgit Schmidt* berichtet.

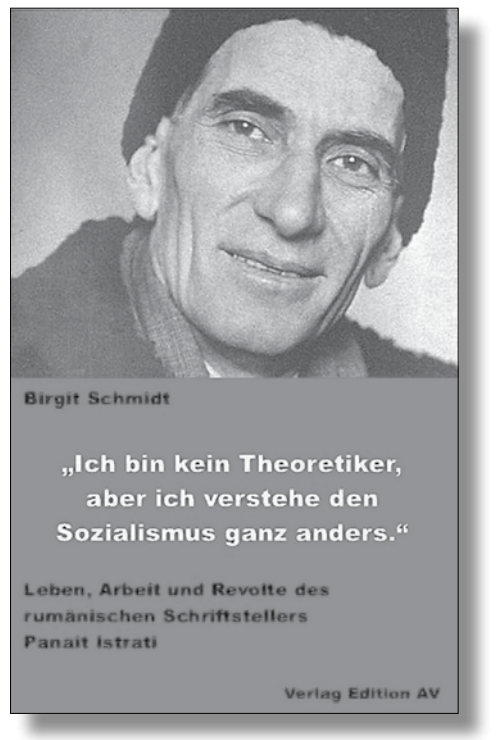
Viele wenden sich von Istrati ab

Schlagartig distanzieren sich nach der Veröffentlichung alle bisherigen Freunde öffentlich von Istrati, vor allem auch sein bisheriger Mentor Romain Rolland, der Panaït Istrati in tiefer menschlicher Not geholfen hat. Es muss ein besonders bitteres Erlebnis gewesen sein, dass einem gerade der Freund, der einem das Leben gerettet hat und der in seinem «Clérambault» unter dem psychologischen Mikroskop derartige sozialpsychologische Abläufe minutiös beschrieben hat, dennoch zu ebendiesen Reaktionen fähig ist. Ebenso wenden sich Istratis frühere kommunistische Freunde, insbesondere die strammen stalinistischen Intellektuellen der *Kommunistischen Partei Frankreichs* von ihm ab – allen voran *Henri Barbusse*, der Autor von «Das Feuer». Eine Hetzkampagne setzt ein. Istrati wird als «Faschist» öffentlich verleumdet. Von den Trotzkisten, denen er ansonsten fernsteht, wird er hingegen vereinnahmt.

Istratis Russland-Buch erscheint als erster von drei Bänden, die alle unter seinem Namen veröffentlicht werden. Zwei Bände sind nicht von ihm, sondern schützen durch seinen Namen ihre wahren Autoren: Band 2 «Soviets», deutsch «So geht es nicht! Die Sowjets von heute», stammt von *Victor Serge*. Band 3 mit dem Titel «La Russie nue», «Russland nackt, Zahlen beweisen» schrieb *Boris Souvarine*, der Autor jener bahnbrechenden Stalin-Biographie von 1935, der die Mythen und Realität des sowjetischen Zwangssystems analysiert als «Negation des Sozialismus und Kommunismus». Sowohl über Serge als auch über Souvarine hängen 1928 schon die Schatten der Vernichtung durch den «roten Terror» der Bolschewiki. Istrati schützt sie durch seine Autorenschaft.

Heute seiner gedenken

«Ich gedenke seiner mit Rührung», schreibt Victor Serge, mit dem Istrati lange befreundet war, in seinen Erinnerungen: «Er war noch jung, mager wie die Bergbewohner des Balkans […], ungemein begeistert zu leben! […] Er schrieb, ohne die mindeste Vorstellung von Grammatik und Stil zu haben, aber als geborener Dichter, der mit ganzer Seele von ein paar einfachen Dingen ergriffen war, Abenteuer, Freundschaft, Revolte, Fleisch und Blut. Er war unfähig zu theoretischen Erörterungen und infolgedessen gegen sophistische Fallstricke gefeit. Man sagte zu ihm in meiner Gegenwart: ‹Panaït, man kann keine Omeletten machen, ohne Eier zu zerschlagen. Unsere Revolution … usw.› Er rief: ‹Gut, ich sehe die zerschlagenen Eier. Wo ist eure Omelette?›» (Victor Serge. Beruf Revolutionär. 1901–1917–1941. Frankfurt/Main 1967, S. 13)



ISBN 3-86841-216-6

Schliesslich kehrt Panaït Istrati krank und gebrochen nach Rumänien zurück, wo er 1935 an den Folgen seiner Tuberkulose-Erkrankung stirbt. Russland darf heute seiner gedenken als jenes wunderbaren Schriftstellers, der als einer der ersten im Ausland nicht geschwiegen hat, sondern begonnen hat, die tragischen Irrtümer der Russischen Revolution zu überwinden. Die späten Erfolge konnte er nicht mehr erleben.

Von *Alfred Adler* stammt die Metapher «Das Auge sieht sich nicht selbst», denn Sehen braucht ein vertrautes Du, das einem die «Augen öffnet». *Friedrich Liebling* und Panaït Istrati waren jene beiden Augen, die mich damals zum Staunen brachten über mein beschränktes Bild des russischen Sozialismus'. Inwiefern bleibt eigentlich bei vielen von uns heute das eigene lebensgeschichtlich in *ehrlichen und schweren Auseinandersetzungen* gewonnene Bild von Russland doch noch etwas hinter dem heutigen Stand der Russischen Föderation zurück? – Belastet von einigen lieb gewordenen Nebelschwaden aus früheren westlich-antikommunistischen, «liberalen» oder anderen liebgewordenen Theorien? •

World Economic Forum (WEF) und Hunger und Rüstung

von Heinrich Frei

Das *World Economic Forum* (WEF) fand vom 16. bis 20. Januar 2023 wieder in Davos statt. Das Motto lautete «Zusammenarbeit in einer gespaltenen Welt». War am WEF auch der Hunger ein Thema, der in vielen Regionen der Welt grassiert? *Jakob Kern* vom Uno-Welternährungsprogramm schilderte kürzlich die Lage: 350 Millionen Menschen sind heute vom Hunger bedroht, 200 Millionen mehr als vor drei Jahren. Seiner Organisation standen 2023 13 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, vor fünf Jahren waren es 5 Milliarden. Das Uno-Welternährungsprogramm würde aber 22 Milliarden US-Dollar brauchen. Die Schweiz zahlt 100 Millionen US-Dollar pro Jahr an das Budget der Welthungerhilfe.

Wenn man diese Summe vergleicht mit den Kosten der 36 US-Kampfjets des Typs F-35, die wir beschaffen wollen, ist das nicht viel. Laut dem Angebot im Februar 2021 werden diese 36 Jets uns 5,068 Milliarden Franken kosten. Ein Stück also 141 Millionen Franken.

Wenn man die weltweiten Rüstungsausgaben anschaut, sind die 22 Milliarden US-Dollar, die das Welternährungsprogramm benötigen würde, auch sehr wenig. Laut dem *Stockholm International Peace Research Institute* SIPRI betrugen die weltweiten Rüstungsausgaben 2021 2113 Milliarden US-Dollar. Diese Summe teilte sich prozentual auf folgende Staaten auf: Vereinigte Staaten von Amerika 38 %, China 14 %, Indien 3,6 %, Grossbritannien 3,2 %, Russland 3,1 %, Frankreich 2,7 % und Deutschland 2,7 %. Das Welternährungsprogramm würde 22 Milliarden US-Dollar brauchen. Das ist 96mal weniger als die weltweiten Militärausgaben des Jahres 2021. Deutschland gab 2021 56 Milliarden US-Dollar für die Rüstung und das Militär aus, das ist 2,5mal mehr als die 22 Milliarden US-Dollar, die das Welternährungsprogramm für die Hungerhilfe benötigen würde. •

Appell für Frieden in der Ukraine aus Syrien

ef. Am 20. Januar fand im deutschen Ramstein, auf dem Stützpunkt der US-Armee, der bis heute «amerikanischer Boden» in Deutschland ist, das «Ukraine-Unterstützer-Treffen» statt. Der Druck, vor allem auf die deutsche Regierung, nun auch Kampfpanzer in den Krieg zu schicken, steigt. Tagtäglich versuchen die US-angehängten westlichen Medien, den Druck zu erhöhen.

Wir fragen: Wozu das ganze Kriegstheater, wozu noch mehr Blutvergiessen? Wenn der politische Wille vom Westen da wäre, wäre der Krieg sofort vorbei, und man könnte ernsthaft verhandeln. Wenn es denn gewollt wäre …

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns der folgende Aufruf aus Syrien. Er stammt von Professor *George Jabbour**, der den Aufruf mit folgenden Worten einreichte:

«Diesen knappen aber eindeutigen Appell kann jeder unterschreiben. Er richtet sich an das Treffen in Ramstein/Deutschland, wo sich Nato, USA und EU treffen. Am 24. Februar ist der erste Jahrestag des Krieges in der Ukraine, und dieser Appell ist ein Flüstern, ein Schrei, eine Manifestation dafür, dass wir an der Gestaltung der Welt teilnehmen. Auch wenn man uns nicht fragt, ist es unser Recht und unsere Pflicht, alles für Frieden zu tun.»

Appell für Frieden in der Ukraine aus Syrien

An die politischen Führer, die in den Krieg in der Ukraine verwickelt sind: Ein Jahr ist genug. Hören Sie auf zu kämpfen. Fangen Sie an zu verhandeln. Es liegt alles auf dem Tisch.

* Prof. Dr. George Jabbour ist ehemaliger Berater des syrischen Präsidenten; emeritierter Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten von Aleppo, Damaskus, Kairo, Khartum und AUB Washington D. C. Er ist Gründer und erster Präsident der Syrischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Wie gestalten wir das Haus Europa zukunftsfähig?

*von Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Wohlmeyer, Österreich**

zf. Heinrich Wohlmeyer wurde von Bauern aufgenommen, nachdem der Vater vor dem Abtransport ins Konzentrationslager gestorben, sein Elternhaus durch Bomben zerstört und die Mutter krank geworden war. Er ging «auf eigene Faust» ins Gymnasium, hat Rechtswissenschaften, Internationales Wirtschaftsrecht in den USA und England sowie an der *Universität für Bodenkunde Wien* Landwirtschaft und Lebensmitteltechnologie studiert. Wieder in Österreich stellte er sich als Regionalentwickler und Industriemanager für das Waldviertel zur Verfügung und wurde Direktor der *Österreichischen Agrarindustrie*. Nachdem er sich «auseinandergeredet» hatte, ging er an die Universität und lehrte Ressourcenökonomie und Umweltmanagement. Bei all diesen Aktivitäten wurde ihm bewusst, dass die Radnaben der nicht nachhaltigen Entwicklung die Handels- und die Finanzpolitik sind, die die regionalen Wirtschaftskreisläufe unterlaufen. «Wir brauchen regionale Lösungen für einen bestmöglichen regionalen Wohlstand», sagt er.

Beginnen möchte ich mit einem Satz von Jacques Delors, der gesagt hat, wir müssen in Europa Wege entlang der geistigen Basis gehen, damit es überlebt: «Wir müssen Europa wieder eine Seele geben.» Daher fange ich schlicht in Gottes Namen an, denn wir befinden uns derzeit in einem verwirrenden Pluralismus der Meinungen, gepaart mit der Meinungsdiktatur der Herrschenden.

Der deutsche Philosoph *Norbert Bolz* hat das so formuliert: «Unsere grossen Probleme resultieren nicht aus einem Mangel an Wissen, sondern an Orientierung. Wir sind konfus, nicht aber ignorant.»

Wenn wir uns dem Problem annähern, müssen wir einen Drei-Schritt machen, vom Orientierungswissen über das Zielwissen zum Handlungswissen. Was das *Orientierungswissen* für die Neugestaltung des Hauses Europa betrifft, so denke ich, dass die Humanbiologie uns wesentliche Hinweise gibt. Der Nobelpreisträger Sir *John C. Eccles* und der Schweizer Biologe *Hans Zeier* haben in ihrem Buch «Gehirn und Geist – Biologische Erkenntnisse über Vorgeschichte, Wesen und Zukunft der Menschen» schlüssig dargelegt, dass wir auf kleine überschaubare Einheiten ausgelegt sind. Der Philosoph und Ökonom *Leopold Kohr* hat dies in die Forderung gebracht, gesellschaftliche Strukturen nach dem Mass des Menschen zu schaffen.

Die Geschichte zeigt auch, dass alle Grossreiche, trotz perfekter militärischer Gestaltung, an der Bürgerferne zerbrochen sind.

Was ergibt sich daher als *Zielwissen*? Es ist *die intelligente Dezentralisierung und Vernetzung statt dem Wegsparen der kleinen Einheiten*, wie dies derzeit geschieht. Ich denke hier an das Wegsparen von Eisenbahnen, Schulen, Polizeistationen, Bankfilialen usw. Eccles und Zeier haben dies wie folgt kurz formuliert: Verzicht auf eine nur kurzfristig effiziente weitere Entflechtung der Funktionen in Landwirtschaft und Industrie sowie Wiederherstellung dezentralisierter, funktionell verflochtener, sozial befriedigender Kleingesellschaften mit überschaubaren Machtstrukturen und Kommunikationsnetzen. Erhaltung statt Zerstörung lokaler Kulturen.

Ich habe in meinem Buch «Empörung in Europa» die künftige Rolle Europas in Analogie zur Rolle der alten Griechen vorgeschlagen, nämlich *ein Aufstehen für Europa als Licht der Welt, föderal, vielfältig, rechtsstaatlich, tolerant, solidarisch, gebildet sowie vor allem die Würde der Person achtend und die Menschenrechte verwirklichend*.

Vor allem muss Europa zu seinem inneren Kompass, zu seinen christlich-griechisch-jüdisch-lateinischen Wurzeln zurückfinden. Die tonangebenden Eliten haben sogar verhindert, dass ein Hinweis auf die christlichen Wurzeln Europas in die Präambel der Verträge über die Europäische Union und ihre Arbeitsweise aufgenommen wurde.

Wo aber werden die Eliten ihre Wertordnungen anbinden? An die wechselnden manipulierten Meinungen? Ich habe immer gesagt, wenn die Moral von der Meinung der grossen Zahl abhängt, dann ist der effizienteste Räuber das Ideal in einer Räuberbande.

Wir müssen noch etwas bedenken: Europa ist mit seiner in der Welt einmaligen Ausgestaltung seiner Rechtssysteme und seiner Sozialordnungen internationales Vorbild. Dies bewirkt auch einen Zuzug von Migranten, die aber den Gesellschaftsvertrag nicht mehr mittragen.

Die europäische Gesellschafts- und Rechtsordnung ist in Wirklichkeit säkularisiertes Christentum, das haben wir vergessen. Wir landen daher in der gegenwärtigen Orientierungslosigkeit, in der wir wechselnd irgendwelche europäischen Werte propagieren.

Welche *Handlungsmaximen* ergeben sich nun aus dem Orientierungs- und Zielwissen? Statt in Grossmannssucht in Waffen und Interventionen zu investieren, sollten wir die dezentralen Infrastrukturen erhalten und weiter ausbauen. Die Geldschöpfung sollte wieder in die nationalen Hände übertragen werden, denn die Währung ist quasi der Massanzug für die jeweilige Volkswirtschaft. Statt die vier Freiheiten (Kapital, Waren, Dienstleistungen, Personen) über die unterschiedlichen Volkswirtschaften zu stülpen, sollten wir uns der Harmonisierung der Rechtsordnungen und der Sozialsysteme widmen. *Die Rechtsordnungen sollten bürgernah vereinfacht werden und die drei Maximen erkennbar, erfüllbar, erzwingbar erfüllen*. Vor allem sollte die Hereinnahme von angloamerikanischen Sonderrechtsordnungen, die einerseits kaum lesbar sind und viele Unsicherheiten enthalten, verhindert werden.

Ich halte Ihnen jetzt die konsolidierten europäischen Verträge hin. Das sind 403 Seiten, die jetzt schon mehr geworden sind. Sie sind für die normalen Staatsbürger kaum lesbar, X Verweisungen hin und her erschweren die Lektüre. Das heisst, wir haben eine unverständliche Rechtsordnung. Wenn wir nun Dinge wie das CETA-Abkommen hernehmen, das über 600 Seiten hat, dann nehmen wir wieder eine übergestülpte Sonderrechtsordnung mit herein, die die rechtliche Unsicherheit fördert. Das heisst, wir brauchen wieder eine vereinfachte, klare Rechtssituation.

Was den internationalen Handel betrifft, so müssen wir das *Bestimmungslandprinzip* einfordern. Das bedeutet, du hast nur freien Marktzutritt, wenn du nachweisen kannst, dass die Herstellung deines Produktes, deiner Leistung unter Beachtung vergleichbarer ökologischer und sozialer Standards wie im Bestimmungsland erstellt wurde. Das ist machbar und kontrollierbar. Als Österreich noch nicht in der EU war, hat man seitens dieser alles kontrolliert bis zu den kleinen Fleischhauereien und Molkereien und hat sie zugesperrt, und wir haben das stillschweigend hingenommen. Wenn wir solches aber international fordern, wird sofort gesagt, das sei gegen die Souveränität.

Was die Landwirtschaft betrifft, so sollten wir endlich auf die Vorschläge des IAASTD von 2008 zurückkommen, die Vorschläge «Landwirtschaft am Scheideweg». Diese besagen, *dass die zukünftige Ernährungssicherung auf einer kleinräumigen, am Standort orientierten, eher gärtnerischen Landbewirtschaftung beruhen muss* – und auf angepasste Strukturen in Verarbeitung und Vermarktung.

Aber ich denke, *dass wir vor allem bei unserer Jugend ansetzen müssen. Unsere Kinder müssen wieder stolz auf ihre europäische Heimat werden, auf ihre Philosophen, Staatslehrer, ihre polyphone Musik, ihre Dichter, die Naturwissenschaftler und Techniker sowie nicht zuletzt, wie ich schon erwähnt habe, die rechtsstaatlich demokratische Gesellschaftsgestaltung*. Wenn wir das nicht tun, sondern in den Schulen lediglich «Kompetenzen» vermitteln, heisst das, sie zu braven Industriesoldaten auszubilden und sie in den vorgegebenen Konkurrenzkampf hineinzustellen. Ein Student hat mir hierzu gesagt: «Herr Professor, uns ist das klar, wir werden zu Gladiatoren erzogen. Der beste Gladiator überlebt, aber die anderen überleben nicht.» Das heisst, wir müssen hier grundsätzlich neu denken.

Nun komme ich noch zur Geopolitik: Ich glaube, und das ist durch die ganze Konferenz durchgeklungen: *Wir müssen uns vom Vasallentum, vom Noch-Hegemon und von seinen Adepten verabschieden und eine eigene Aussenpolitik gestalten, hin zu einer Politik der Achtung des Völkerrechts und der ausgewogenen Non-Alliance*, wie es heute schon betont wurde. Damit können wir auch eine neutrale Vermittlerrolle einnehmen.

Das bedeutet, dass wir im gegenwärtigen Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland in der Ukraine jenen Vorschlägen, die Professor *Hans Köchler* im Rahmen der *International Progress Organization* IPO und auch ich beharrlich gemacht haben, zum Durchbruch verhelfen: nämlich die Bündnisfreiheit gegenüber Ost und West, d. h. Non-Alliance, immerwährende Neutralität, föderale Struktur und Anerkennung der Volksabstimmung auf der Krim sowie bei Misstrauen ihre Wiederholung. Die Volksabstimmung auf der Krim war mindestens so legitim und gut – wenn nicht besser – als die im Kosovo, diese aber wurde sofort anerkannt, weil sie im «westlichen Interesse» war.

Ich möchte noch etwas hinzufügen. Der Noch-Hegemon USA, das haben wir gestern von *Scott Ritter* vor Augen geführt bekommen, ist im Todeskampf, und die Umarmung durch einen Untergehenden ist die gefährlichste. Daher ist es ein Gebot der Stunde, sich von dieser zu lösen.

Ich möchte zusammenfassen: *Wir brauchen ein Europa der Vielfalt der Vaterländer*, wie es *Charles de Gaulle* gefordert hat – eine «Verschweizerung» der EU. Der ehemalige Auslandskorrespondent der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», *Karl Peter Schwarz*, hat das so formuliert: «Denn die Schweiz hat gezeigt, wie eine Vielfalt von Sprachen und Religionen in einem Grund zusammenklingen können.»

Daher soll Ihr beharrliches Rupfen in «Mut zur Ethik» nicht enden. Wenn das Untergangsszenario von William Scott Ritter tatsächlich eintreten sollte, dann ist der dezentrale Schweizer Weg der Überlebensweg. Ich habe das selbst am Ende des Zweiten Weltkrieges als Kind erlebt. Im Osten war alles zerstört, und wir haben von unten her, von den kleinen Einheiten her, wieder den Staat aufgebaut und von oben die Unterstützung bekommen. Ich glaube, mit diesem Schluss, dass wir ein Europa der Dezentralisierung brauchen und ein Europa, das wieder zu seinen christlichen Wurzeln, zur Orientierung gebenden Wertordnung, zurückkehrt. •

* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Europa – welche Zukunft wollen wir?») vom 2.–4. September 2022

ISBN 978-3-85052-320-2

ISBN 978-3-00-044819-5

Souveränität: Wachsamkeit – Konstanz – Festigkeit

*von Nicole Duprat, Frankreich**

«Demokratie ist die Regierung des Volkes, das seine Souveränität ungehindert ausübt.»

Charles de Gaulle

Wir danken *Charles de Gaulle* dafür, dass er die Geschichte Frankreichs durch sein Konzept und sein Verständnis von Menschenwürde, individueller und kollektiver Freiheit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern geprägt hat. De Gaulle wurde von vielen zitiert, von vielen nachgeahmt. Aber seine Überzeugungen waren das Gegenteil von politischer Korrektheit. Er war der erste, der die amerikanische Hegemonie voraussah, und war sehr gegen den Verlust der Volkssouveränität, einem möglichen Vorspiel zur amerikanischen Vasallisierung.

Doch kehren wir zu unserem Thema der Souveränität zurück. Es stimmt, dass jedes Volk in diesem grossen Konzert der Menschheit das Recht auf seine Souveränität als Grundlage seiner Existenz, seinen Raum für Freiheit hat. Aber Souveränität darf nicht nur ein Wort oder ein abstrakter Grundsatz sein. Sie erfordert grundlegende Haltungen.

Wachsamkeit: Die Souveränität des Volkes, verstanden als die Ausübung der Macht durch das Volk, das ist gut. Aber in einer Zeit, in der Meinungen durch Propagandaorgane manipuliert werden, die die Netze mit falschen Informationen und gezielter Werbung überschwemmen, ist es wichtig, einen Schritt zurückzutreten und über die Modalitäten der Existenz dieser Souveränität nachzudenken.

Beständigkeit: Souveränität erfordert eine ständige Anstrengung. Die Souveränität einer Nation besteht so lange, wie es freie Bürger gibt, die bereit sind, sie zu verteidigen, zu schützen und mit Leben zu füllen. Das Volk besteht aus Individuen, die jeweils einen Teil der Souveränität repräsentieren.

Festigkeit: Souveränität braucht Voraussetzungen und darf auf keinen Fall mit dem Versuch eines Nationalismus verwechselt werden. Sie stärkt den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes.

Wachsamkeit, Beständigkeit und Festigkeit sind notwendige Haltungen, denn die Souveränität bleibt zerbrechlich, ob sie nun individuell, volksnah oder national ist.

Souveränität wird daher nie endgültig erlangt, aber es ist diese Fragilität, die die individuellen und nationalen Bemühungen in allen Bereichen antreiben sollte. •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Europa – welche Zukunft wollen wir?») vom 2.–4. September 2022